



10 Jahre

bewegt!

1987-1997 Grünes Bündnis



Warum

Damit die Frauen nicht übergangen werden,
Arbeitslose, Arme und AusländerInnen eine Stimme haben,
die Stadtluft sauberer wird,
die Kultur der Krise nicht zum Opfer fällt,
gerechte Steuern statt hohe Gebühren kommen.
Es ist Zeit.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
10 Jahre Grünes Bündnis: Ein Blick zurück	4
Therese Frösch: Undogmatisch zum Erfolg	9
Werner Seitz: Anmerkungen zu Geschichte und Perspektiven des Grünen Bündnis	10
Barbara Gurtner: Frauen zuerst: Der Druck der Strasse und die Realität	16
Margrith Göldi Hofbauer: Betonklötze ins Rollen bringen!	18
Franziska Widmer/Roland Sidler: Arbeitende Frauen und Männer im Zentrum	20
Michael Jordi: Städtische Wirtschafts- und Finanzpolitik – je länger, desto stärker und realer	22
Annemarie Sancar-Flückiger: «Aussenpolitik» zwischen Solidarität und Integration im Quartier	23
Franziska Teuscher: Das Grüne Bündnis in Bundesbern	25
Peter Sigerist: RotGrünMitte: Das GB als Vehikel zur Mehrheitsbeschaffung	28
Grünes Bündnis Biel: Eine politische und kulturelle Erscheinung	30
Diskussion: Wie wird das GB seinen 20. Geburtstag feiern?	32
ParlamentarierInnen des Grünen Bündnis	37
Zehn Jahre Grünes Bündnis – eine Chronologie	38
Tabelle: Stärke der RGM-Parteien in der Stadt Bern 1971–1996	42
Serviceteil: Informationen, Bestellmöglichkeiten	43
Adressen	44

Editorial

Impressum

September 1997

Redaktion: Natalie Imboden, Blaise Kropf

Korrektorat: Roland Felber

Gestaltung: TransForm/Nicola Meitzner

Fotos: Alessandro della Valle, Guy Perrenoud,
Thomas Cunz u. a.

Druck: Genossenschaft Widerdruck

Lithos: Genossenschaft Graphix

Auflage: 4000

Preis: Fr. 10.–

Weitere Informationen und Bestellungen bei:

Grünes Bündnis

Postfach 6411

3001 Bern

Tel.: 031 301 82 09

Fax: 031 302 88 78

E-Mail: gb@be-gsoa.links.ch

10 Jahre und noch lange nicht am Ziel

Vor zehn Jahren fing alles an. Engagierte Frauen und Männer aus Umweltgruppen, Gewerkschaften und der Frauenbewegung schlossen sich in Bern zum Grünen Bündnis zusammen. Einige von ihnen hatten Parteierfahrung, andere nicht. Einige wollten subito die ganze Welt verändern, andere stellten sich auf einen Weg der konkreten Schritte ein. Mit Vorschusslorbeeren wurde das Grüne Bündnis nicht verwöhnt. Im Gegenteil: Lange orakelten die Zeitungen darüber, ob «die junge Pflanze gedeiht oder nicht». Nun, sie ist gediehen, langsam zwar, aber zäh und kräftig. Und sie hat immer wieder ein paar farbige Blüten hervorgebracht. Mit dem GB Köniz, unserem jüngsten Spross, ist uns mitten im Jubiläumsjahr der Schritt in die Agglomeration gelungen.

Geburtstage und Jubiläen sind immer ein Anstoss dazu, in der Vergangenheit zu blättern und neugierige Fragen zu stellen. Was hat das Grüne Bündnis mit seinem Zusammenschluss vor zehn Jahren erreichen wollen? Wie hat sich das politische Umfeld für eine grüne, konsequent soziale und stark von Frauen geprägte Politik verändert? Was unterscheidet uns heute von anderen rotgrünen Parteien und wie ist es dazu gekommen, dass wir als radikale Oppositions-



gruppierung plötzlich mit der Berner Finanzdirektorin im selben Parteschiff sitzen?

Kürze Antworten sind auf diese Fragen keine zu erwarten. Ein Blick auf die GB-Geschichte zeigt aber die wichtigsten Stationen unserer Entwicklung auf und macht sie – von verschiedenen Seiten her – interpretierbar.

Die vorliegende Broschüre ist deshalb nicht als Lesebuch für den Nachttisch zu verstehen, sondern als Arbeitsbuch. Sie beginnt mit zwei Rückblicken auf die Parteigeschichte: Ein Streifzug durch unsere Archive wird ergänzt mit einem Fazit von Therese Frösch. Dieser Blick von innen wird auf der anderen Seite kommentiert durch die Einschätzungen des Politologen Werner Seitz, der das GB von aussen in einen rotgrünen Zusammenhang stellt und vier Zukunftsszenarien für die weitere Entwicklung skizziert.

Der zweite Teil der Broschüre ist den inhaltlichen Kerngeschäften des GB gewidmet: der Frauen-, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und der internationalen Solidarität. Sechs AutorInnen zeichnen nach, wie und warum sich die GB-Positionen in diesen Bereichen verändert und entwickelt haben. Diese Bilanz wird ergänzt durch Überlegungen zur Vernetzung des GB auf nationaler und städtischer Ebene und einem Portrait des Grünen Bündnis Biel/Bienne. Den Abschluss bildet ein Gespräch zwischen älteren und jüngeren GB-AktivistInnen, das vor allem zwei grosse Herausforderungen zeigt: Die Klärung der nationalen GB-Perspektiven und die Ausweitung unserer Mitglied-

schaft. Verschiedene Personen aus Politik und Kultur kommentieren von aussen, für welche Politik das Grüne Bündnis für sie steht.

Auch nach 10 Jahren engagierter Politik sind wir noch lange nicht am Ziel. Wir feiern Geburtstag, schauen in die Zukunft und stärken uns für neue Auseinandersetzungen – am liebsten mit Ihnen zusammen!

Wie Sie sich engagieren können, erfahren Sie im Serviceteil. Lassen Sie deshalb die hinteren Seiten (und den Einzahlungsschein) nicht einfach links liegen!

Regula Rytz, GB-Sekretärin, Grossrätin

Das Grüne Bündnis Bern entstand 1987 aus dem Zusammenschluss von Mitgliedern grün-alternativer und linker Parteien sowie unabhängiger Personen aus verschiedenen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Bewegungen. Die alternativen politischen Kräfte in der Schweiz, die sich aus der 68er-Linken formiert hatten, waren parteipolitisch bis anhin zu einem grossen Teil bei der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) oder den Progressiven Organisationen Schweiz (POCH) aktiv gewesen oder hatten sich in der Frauen-, «Dritt-Welt»- oder «Anti-AKW»-Bewegung, in Gewerkschaften oder in der Spitalbewegung «zäme geit's» engagiert. Mitte der achtziger Jahre befanden sich viele dieser Gruppierungen in einer ideologisch und organisatorisch bedingten Krise. Selbstkritisch wurde analysiert, dass in den vergangenen Jahren kaum Antworten auf die Umweltzerstörung, die «Frauenunterdrückung» und die bürgerliche Spar- und Abbaupolitik entwickelt wurden. Die aktuelle Organisationsstruktur mit SAP, POCH und Grün-Alternativen wurde als überholt empfunden. Daraus erwuchs die Einsicht, dass die bisherigen Parteistrukturen und die oft auf gegenseitige Abgrenzung ausgerichteten politischen Konzepte grundsätzlich überdacht werden mussten. Diverse linke, grüne und feministische Kreise engagierten sich in den Diskussionen, wie die Kräfte gesammelt und weitere Engagierte einbezogen werden könnten. Über

enge Parteistrukturen und ideologische Unterschiede hinaus sollten, so der Anspruch, ökologische, feministische und soziale Politik zusammengeführt und ähnliche Kräfte auf pluralistische Weise verbunden werden. Statt starre Parteistrukturen strebte das GB eine Organisationsform mit Forumscharakter an.

Die Gründung des Grünen Bündnis

Zu Beginn des Jahres 1987 diskutierten SAP- und POCH-Mitglieder informell über die Zukunft beider Parteien und der grün-alternativen Kräfte auf lokaler und nationaler Ebene. An ihrem 7. und letzten Kongress beschloss die SAP bereits mehrheitlich die Lancierung eines neuen grün-alternativen Projekts. Öffentlichkeit erhielt das gemeinsame Projekt für das spätere Grüne Bündnis aber erst mit der POCH-Presskonferenz vom 12. Mai 1987. Dort formulierte die POCH Bern das Ziel, sich mit einer «Grünen Liste» an den Nationalratswahlen vom Herbst zu beteiligen, auf welcher auch Einzelpersonen kandidieren sollten, die sich für grüne, soziale, asylopolitische, feministische und jurassisch-autonomistische Anliegen einsetzen. Dem vorausgegangen war eine Sitzung, zu der die damaligen POCH-Grünen Bern die Demokratische Alternative (DA), das Forum G.R.Ü.N. (Langenthal), die Freie Liste (FL), das Junge Bern (JB), die Partei der Arbeit (PdA), den Parti Socialiste-Autonome du Sud du Jura (PSA-SJ) und die SAP eingeladen hatten, wo erste Absprachen bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens für die Nationalratswahlen 1987 getroffen wurden.

«Den Begriff Grünes Bündnis verbinde ich mit einer starken und fachkundigen Frauenkoalition im Grossen Rat, die mit ihren präzisen Forderungen die bürgerliche Ratsmehrheit immer wieder das Gruseln lehrte.»

Dr. Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Ethnologin, SP-Nationalrätin, Bern

Aufgrund der damaligen Situation (Umweltkatastrophen, Finanzskandal) schien eine Stärkung der grün-alternativen Bewegung möglich. Die Grüne Liste wurde als Gefäss mit offener Plattform definiert. Bestehende Strukturen sollten mit diversen Bewegungen verknüpft werden. Schon von Anfang an war das Engagement in den verschiedenen Bewegungen (z.B. VPOD-Frauenforum oder Anti-AKW Mühleberg) ein zentraler Teil der politischen Arbeit. Diese Anliegen sollten nun auch eine Stimme in den Parlamenten erhalten.

Das Projekt «Grüne Liste» für die Nationalratswahlen entwickelte eine grosse Anziehungskraft: Über hundert Personen, darunter viele Parteilose, nahmen an der ersten Vollversammlung der Grünen Liste/Grünes Bündnis am 3. Juni 1987 im Restaurant «Innere Enge» teil, wo der Grundsatzentscheid für ein gemeinsames Vorgehen fiel. Das Ziel war ein grüner Aufbruch – die Wahlen ein erster Schritt dazu. Gearbeitet wurde vorerst in drei Arbeitsgruppen Plattform, Wahlen und Frauen. Seinen Zweck formulierte das neue Bündnis in den Statuten vom 7. Juni 1987 folgendermassen: «Das Grüne Bündnis fördert die fantasievolle Vernetzung und die Zusammenarbeit von Einzelpersonen und Organisationen, die sich für eine grüne, soziale, feministische und offene Schweiz innerhalb und ausserhalb der Parlamente einsetzen.» Das GB sollte mehr sein als ein blosses Wahlbündnis, und so wurde bereits an der zweiten Vollversammlung der folgende Satz in die Plattform-Präambel aufgenommen: «Das Grüne Bündnis (GB) versteht sich nicht nur als Wahlbündnis, son-

dern will ein handlungsfähiges Bündnis werden, das sich für die Anliegen dieser Plattform auch in der ausserparlamentarischen, täglichen Politik einsetzt und das offen und ausbaufähig sein will.» Die Plattform nahm zu ökologischen, sozialen, feministischen, international-solidarischen Themen und zusätzlich zum Südjura Stellung. Bei der «Plattform zur Zusammenarbeit» handelte es sich nicht um eine eigentliche Wahlplattform, so dass bei öffentlichen Stellungnahmen vielfältige Meinungen möglich waren. Neben den Wahlvorbereitungen wurde die inhaltliche Arbeit in den Arbeitsgruppen Soziales, Ökologie, Frauen, Jugendpolitik und Kultur vorangetrieben, da sich die Erarbeitung von Themen an der Vollversammlung auf Dauer als unbefriedigend erwies.

Das Grüne Bündnis in den Kinderschuhen

Bei den Nationalratswahlen 1987 verpasste das Grüne Bündnis das Wahlziel, und der bisherige POCH-Sitz von Barbara Gurtner ging verloren. Nach der Wahlniederlage stand das Fortbestehen des Grünen Bündnis im Vordergrund. Da die Sonderinteressen der Parteien eine Belastung für eine konstruktive Zusammenarbeit waren, konnten ab dem 10. Dezember 1987 nur noch Einzelpersonen Mitglied des Grünen Bündnis sein, die keiner kommunalen oder kantonalen politischen Partei angehörten. In der Folge verliessen der PSA und die PdA das Bündnis. Hingegen gab die Ex-POCH-Nationalrätin Barbara Gurtner ihren Verbleib im GB bekannt, da hier eine ökologische, soziale und feministische Politik zusammen mit Parteilosen mög-

«Das Grüne Bündnis Bern hat mich immer wieder positiv überrascht: Seine Fähigkeit, soziale und ökologische Fragen, soziale Bewegung und parlamentarische Arbeit erfolgreich zu kombinieren. Originelle Wege zu finden, ohne die linke Seele zu verlieren.»
Vasco Pedrina, Präsident GBI, Co-Präsident SGB, Zürich

«Das städtische GB wirkt sozial und feministisch, oft auch ökologisch, das stimmt. Ich träume von der Zeit, in der alle Grünen unter einem gemeinsamen Dach für ihre Anliegen kämpfen. Wie lange noch?»
Barbara von Escher, Grossrätin, Präsidentin GFL Kanton Bern, Seedorf

«Für eine fundamentalistische und fortschrittshemmende Politik, die dem einzelnen wenig Spielraum lässt und kaum Sinn für wirtschaftliche Realitäten zeigt.»
Adrian Haas, Stadtrat FDP, Bern

lich sei. Ende Januar 1988 beschloss die POCH im Verhältnis 2:1, sich nicht aufzulösen. Verschiedene POCH-Aktive sahen ihr politisches Engagement weiterhin im Grünen Bündnis. Übrig blieb bloss eine Rumpf-POCH. Entgegen der Befürchtung, das Grüne Bündnis sei als Allianz aller links-grünen Kräfte gescheitert oder werde einseitig dominiert, entwickelte sich das neue politische Forum erfreulich weiter. Optisch professionalisierte sich das GB mit einem Logo und installierte an der Herrengasse eine Anlaufadresse. Die politisch-organisatorische Arbeit geschah jedoch zu einem grossen Teil im Sekretariat an der Neubrücke 17 und bei Hans Niklaus und Annemarie Florin am Hofweg. Mit dem Einzug der GSoA 1989 wurde das Sekretariat an der Neubrücke in die Bürogemeinschaft «Forum Politik und Aktion» erweitert; später stiessen weitere Organisationen und Projekte dazu. Eine wichtige Koordinationsfunktion übernahm hier der «Bresche»-Redaktor, GB- und GSoA-Aktivist Peter Sigerist. Anfang 1988 zählte das Grüne Bündnis bereits 72 eingeschriebene Mitglieder, die sich in den diversen Arbeitsgruppen engagieren und am Aufbau des GB mitarbeiten wollten. Davon waren 41 Frauen und 31 Männer. Über die Hälfte waren früher parteilos, 19 Ex-SAP und 8 Ex-POCH. Auf inhaltlicher Ebene lancierte das Grüne Bündnis im März 1988 seine erste Petition «Generell Tempo 30 ermöglichen», eine Forderung, die im Herbst mit der städtischen Doppelinitiative «Tempo 30» weiterverfolgt wurde.

Die Zäsur von 1991/1992

Die Jahre 1991/1992 können wohl als eine der wichtigsten Zäsuren – wenn nicht die wichtigste – in der zehnjährigen Geschichte des Grünen Bündnis bezeichnet werden. Nach den relativen Wahlerfolgen von 1988 bei den Berner Gemeindewahlen (Erreichen der Fraktionsstärke) und 1990 bei den kantonalen Wahlen (drei Sitze) reichte es 1991 nicht zum erhofften Nationalratsmandat. Nebst einem Schuldenberg zeitigte diese Wahlniederlage Folgen für die nationale Perspektive des Grünen Bündnis. Nachdem die Hoffnung von 1987 (die Vereinigung möglichst aller grün-alternativen Kräfte unter das gemeinsame Dach des Grünen Bündnis Schweiz) vier Jahre später zwar weitgehend abgeflaut war, blieb 1991 weiterhin die Bildung einer grün-alternativen Fraktion im Nationalrat als Minimalziel präsent. An der Vollversammlung vom 20. Dezember 1990 wurde die Teilnahme an den Nationalratswahlen 1991 beschlossen und eine Koordination «mit mindestens vier weiteren aussichtsreichen Listen in der Deutschschweiz» beabsichtigt, um damit eine grün-alternative Fraktion zu erreichen. In einem im GB-Info 4/1991 erschienenen Rückblick auf das Zuger Symposium von 1991 wurde die Befindlichkeit der grün-alternativen Kräfte ausserhalb von SPS und GPS präziser formuliert: «Auch wenn zurzeit keine Parteigründung ansteht, ist doch die vermehrte Koordination der vorwiegend kommunal und kantonal sowie in sozialen Basisgruppen verankerten Gruppierungen sowie die Bildung einer grün-alternativen Nationalratsfraktion anzustreben.»

«Das Grüne Bündnis macht Politik mit dem Label UN: UNangepasst, UNbequem, UNverschämt, UNhaltbar, UNnötig, oder eher UNverzichtbar?: sicher nie UNAuffällig!»
Guy Emmenegger, Fürsprecher, Grossrat FDP, Bern

Die Hoffnung, kurzfristig eine parteilich organisierte Alternative zu SPS und GPS anbieten zu können, war 1991 in diesem Sinn verblasst. Nach wie vor vorhanden war jedoch die Absicht, über den Umweg einer gemeinsamen Nationalratsfraktion zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen links-alternativen Gruppierungen ausserhalb von SPS und GPS zu kommen. Und am Glauben, die notwendigen Mandate für eine Fraktion zu erreichen, mangelte es jedenfalls nicht. Die Enttäuschung über die Resultate der eidgenössischen Wahlen von 1991 – der Taucher des Grünen Bündnis Bern, das (mit Ausnahme der FraP-Frauen in Zürich) Scheitern der anderen am DaCH (Die andere Schweiz) beteiligten Gruppierungen – führte jedoch zu einem radikalen Kurswechsel in bezug auf die Frage der Perspektive auf institutioneller Bundesebene. Das GB entschied, in den nächsten fünf Jahren auf Koalitionsaussagen im Vorfeld von Wahlen zu verzichten. Gegenüber SPS und GPS wurde das Modell der Äquidistanz angewendet, was bedeutet, dass sich das GB mit derselben Distanz links von SPS und GPS befand. Gegenüber früher wurde die Arbeit auf kommunaler und kantonalen Ebene stärker gewichtet. Beim Vergleich der Wahlkampagnen des Grünen Bündnis zwischen 1991 und 1995 wird wohl am besten deutlich, welcher – pragmatisch begründete – Wandel im Hinblick auf die nationale Perspektive stattgefunden hat. Das Scheitern des DaCHs im Jahr 1991 bedeutete für das Grüne Bündnis Bern erstens eine nicht mehr umkehrbare Redimensionierung von Hoffnungen und Ansprüchen bezüglich der nationalen Perspektive,

was zweitens eine ideelle Krise über die eigene zukünftige Rolle nach sich zog. Während das GB 1991 – elektoral – an einem Tiefpunkt angelangt war, kehrte es im darauffolgenden Jahr auf kommunaler Ebene unter veränderten Vorzeichen zurück auf den Erfolgsweg. Das relativ düstere Bild sieht freundlicher aus, wenn die GB-Aktivitäten auf ausserparlamentarischer Ebene berücksichtigt werden: IWF-Referendum, erster Frauenstreik, AusländerInnenstimmrechts-Initiative, Organisation der gesamtschweizerischen Schnüffelstaat-Demonstration u.a.

Das GB arbeitet am Zustandekommen des RotGrünMitte-Bündnisses

Bereits seit Anfang 1991 liefen innerhalb der links-grünen und fortschrittlichen Kreise in der Stadt Bern Diskussionen über eine allfällige «rot-grüne» Mehrheit bei den Gemein-

■ Die städtische GB-Initiative «Kinderkrippen statt Wartelisten»



«Für eine radikale Stimme in Sachen Feminismus, Ökologie, Wirtschaft. Radikale Stimmen braucht dieses Land. Leider wohl noch lange.»
Bettina Dauwalder, Journalistin, Bern

«Radikale Beweglichkeit gegen bornierte Deregulierer. Frauen, die besser rechnen beim solidarischen Umgang mit Ressourcen, so dass selbst die Kunst nicht zum Luxus verkommt.»
Hans Rudolf Reust, Kunstkritiker, Bern

dewahlen von 1992. Im Verlaufe von 1991 wurden diese Diskussionen laufend intensiviert. Das Grüne Bündnis entschied nach dem Kippel-Wochenende (einer alljährlichen Retraite im Lötschental) an der Vollversammlung vom Februar 1992 die Unterstützung einer gemeinsamen RotGrünMitte-Gemeinderatsliste mit der GB-Kandidatin Therese Frösch. Für das Grüne Bündnis stand damit erstmals die Möglichkeit im Raum, sich an einer Exekutivwahl zu beteiligen, bei der auch reelle Chancen auf Erfolg bestanden, was aber für das Grüne Bündnis auch eine gewisse Herausforderung bedeutete: Mit einer allfälligen Beteiligung in einem Exekutivgremium würde das Grüne Bündnis aus der bisher praktizierten reinen Oppositionsrolle heraustreten müssen; das im GB zu Beginn heiss diskutierte Verhältnis zwischen Parlamentarismus und ausserparlamentarischen Aktivitäten erhielt durch diese neue Fragestellung und insbesondere auch durch die Niederlage bei den 1991er Wahlen Auftrieb. Die Folge dieses Entscheides, innerhalb des RotGrünMitte-Bündnisses Regierungsverantwortung zu übernehmen, dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Am 6. Dezember 1992 wurde Therese Frösch im Rahmen des RGM-Erfolges in den Gemeinderat gewählt, und das Grüne Bündnis konnte seine Position im Stadtrat auf sechs Mandate verbessern.

Stärkung des Grünen Bündnis

Seit 1992 konnte das Grüne Bündnis seine politische Rolle weiter ausbauen. Bei den Grossratswahlen des Jahres

1994 erreichte das Grüne Bündnis im kantonalen Parlament erstmals Fraktionsstärke. Trotz klaren bürgerlichen Mehrheiten brachte das GB hier wichtige soziale, ökologische und gleichstellungspolitische Anstösse ein. Bei den Nationalratswahlen vom Herbst 1995 zog das Grüne Bündnis – diesmal ohne Anspruch eines nationalen links-alternativen Projekts – mit Franziska Teuscher in den Nationalrat ein. Bei den städtischen Wahlen von 1996 konnte das GB seine Position in der Stadt Bern weiter stärken, und Therese Frösch wurde glanzvoll als Gemeinderätin bestätigt. Auffallend ist die Tatsache, dass die Erfolge des GB in die Jahre der Wirtschaftskrise fallen. Während in der Schweiz die traditionellen grünen Parteien Verluste einfahren, hat das Grüne Bündnis seine Position ausgebaut. Zurückzuführen ist dies wohl auf eine zuverlässige Sozialpolitik und eine beharrliche Arbeit auf feministischer und ökologischer Ebene. Einher mit den Erfolgen auf parlamentarischer Ebene ging eine rege Tätigkeit auf direktdemokratischer Ebene, so bei diversen Initiativprojekten wie «zäme schaffe», «zäme läbe - zäme stimme», der Fuss- und Velo-Initiative oder der Beteiligung an der Wohninitiative der Jungen Alternative JA!. Hier zeigt sich auch die sinnvolle Zusammenarbeit mit diversen PartnerInnen-Organisationen wie Umweltverbänden, Gewerkschaften und Frauenorganisationen. Unzählige Aktionen und Kundgebungen sprechen eine bewegte Sprache.

Natalie Imboden, Blaise Kropf

Therese Frösch: Undogmatisch zum Erfolg



Ich glaube, die nun zehnjährige Geschichte des Grünen Bündnis als einen fortschreitenden Prozess der Öffnung beschreiben zu können. Öffnung im Sinne einer klaren Distanzierung von den starren Parteistrukturen der 70er und der 80er Jahre, welche sich schon in den Vorgänger-Organisationen des Grünen Bündnis (SAP, POCH) abgezeichnet hatte. Öffnung in Richtung einer offenen, dialogfähigen, punktuellen oder langfristigen Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen und Bewegungen. Öffnung, die sich am besten mit folgendem Satz definieren lässt: «Wir setzen jedes Mittel ein, das uns in der Sache weiterbringt – von der ausserparlamentarischen Aktion, des zivilen oder demokratischen Ungehorsams, bis zur Regierungsbeteiligung, ohne das eine gegen das andere auszuspielen und ohne das programmatisch noch Sichere konservativ zu wenden bzw. die Oppositionsrolle zum Prinzip zu erheben.»¹ Dies fordert eine Politik, die jeglicher Art von Dogmatismen und Fundamentalismen entsagt. Ich glaube, dass sich dieser Öffnungsprozess auch auf die inhaltlichen Debatten niederschlägt, bis zu den politischen Entscheiden, die möglichst frei von ideologischen Scheuklappen geführt werden. In den folgenden Artikeln werden die AutorInnen versuchen, diesem Prozess in verschiedenen Bereichen von der Ökologie über die Frauenpolitik bis zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nachzugehen.

Ohne falschen Stolz können wir aus der Geschichte des Grünen Bündnis lernen – so denke ich –, dass es in der Politik notwendig ist, einmal gewählte Konzepte und Positionen immer wieder radikal zu überdenken und allenfalls auch – innerhalb ideeller Grundsätze – anpassen und korrigieren zu können. Ebenso wichtig scheint mir die Rolle, die einer kleineren politischen Partei zukommt, die zwar räumlich beschränkt, dafür aber politisch flink und pointiert agieren kann. Dabei darf der Blick nicht auf sich selbst bezogen bleiben, sondern muss weiter reichen. Denn unsere Slogans: «Solidarität jetzt», «Frauen zuerst», «Ökologie konkret» kennen keine Grenzen. Ich bin überzeugt, dass es dem Grünen Bündnis auch in den folgenden zehn Jahren gelingen wird, gewichtige politische Akzente zu setzen, aber auch kommende Herausforderungen mit Erfolg zu meistern. In diesem Sinne wünsche ich Euch allen eine anregende Lektüre der vorliegenden Broschüre und uns allen viel Erfolg im zweiten Jahrzehnt des Grünen Bündnis.

Therese Frösch, Gemeinderätin und Finanzdirektorin der Stadt Bern

¹ Aus einem Thesenpapier für das GB-Weekend vom 25./26. 1. 1992 von Peter Sigerist.

Der vorliegende Artikel ist trotz seines Anlasses – des 10jährigen Jubiläums des GB – kein «Schulter-Klopfen»-Artikel. Er soll Stärken des GB würdigen und auch seine Schwächen benennen. Weiter werden politische Optionen für die Zukunft skizziert.

Das Grüne Bündnis heute Das GB ist – nach der SP, der FDP und der SVP – die vierstärkste Partei in der Stadt Bern; unter den RotGrünMitte-Parteien stellt es die zweitstärkste Kraft dar (siehe dazu auch die Tabelle mit den Parteistärken auf Seite 42). Von seiner Programmatik her fährt das GB auf zwei Schienen: auf einer roten und auf einer grünen, und je nach Vorliebe der einzelnen ExponentInnen wird mehr das Soziale oder mehr das Ökologische zur Richtschnur politischen Handelns gemacht. Selbstverständlich geworden sind im GB auch die feministischen Postulate; seine wichtigsten Posten hat das GB mehrheitlich mit Frauen besetzt, und in der Tagespolitik des GB sind der soziale, der ökologische und der feministische Blick gleichwertig. In den Hintergrund getreten ist dagegen das vierte programmatische Standbein des GB von 1987, die Solidarität mit der Dritten Welt. Dieser Verlust hängt mit dem Scheitern des nationalen Projekts «Grünes Bündnis Schweiz» zusammen, welches das GB zum Rückzug in die bernische Lokalpolitik bewegte.

Etwas überraschend – zumindest für jene, welche die Wurzeln des GB kennen – ist der geringe Stellenwert, den ideologische Entwürfe und Debatten beim GB einnehmen. Sie haben einem hartnäckigen Pragmatismus Platz gemacht, der sich unter anderem auch in einer besonderen Stärke des GB äussert: seiner Bündnisfähigkeit. Diese war besonders gefragt, als in den frühen neunziger Jahren in der Stadt Bern das RGM-Bündnis entwickelt und gefestigt wurde.

Dieses RGM-Bündnis, von der SP angeregt, brachte zwar allen Beteiligten Vorteile, verhalf es doch den sozialpolitisch und ökologisch engagierten Kräften zur politischen Mehrheit. Die grosse Nutzniesserin des Bündnisses war jedoch das GB: Es nützte von Anfang an die Gelegenheit, in einem für die Schweiz einzigartigen und mehrheitsfähigen politischen Bündnis eine treibende Kraft zu sein, und kommunizierte rege mit der interessierten Öffentlichkeit. Dazu kam, dass es dem GB gelang, mit Therese Frösch eine charismatische Exponentin in die Regierung zu delegieren, was wiederum positiv auf das GB zurückstrahlte. Ohne die Verdienste der anderen Parteien zu schmälern, möchte ich die These aufstellen, dass RGM nicht zustande gekommen wäre bzw. nicht überlebt hätte ohne das GB¹; ich denke aber auch, dass der umgekehrte Schluss Geltung hat: Ohne RGM wäre das GB nie zu jener politischen Kraft geworden, die es heute darstellt.

Ein Wermutstropfen bleibt: Das GB, vor zehn Jahren angetreten, um mit Verbündeten ein nationales links-grünes Projekt – neben SPS und GPS – aufzubauen, ist mit diesem Vorhaben gescheitert. Anstatt als Teil einer nationalen

Formation auch kommunale Politik zu betreiben, ist das GB zu einer lokalen Formation geworden, wenn auch durchaus mit einer sympathischen Ausstrahlung und unter optimaler und phantasievoller Ausnützung der Möglichkeiten, welche Kommunalpolitik zulässt.

Ein Blick zurück: Zur nationalen Entwicklung der Grünen aus der Sicht des GB

Der «Rückzug» des GB in die Berner Lokalpolitik kann nur vor dem Hintergrund der nationalen Entwicklung der verschiedenen grünen Formationen in den achtziger Jahren verstanden werden; dieser wird im folgenden skizziert.² **Vorgeschichte.** Die ersten grünen Formationen entstanden in den siebziger Jahren, vor allem in der französischsprachigen Schweiz und in den Städten der Deutschschweiz; sie waren zur Hauptsache kritisch gegenüber der wachstumsfixierten Industriegesellschaft eingestellt und verstanden sich als «weder links noch rechts, sondern vorne» stehend. Als zu Beginn der achtziger Jahre die ökologischen Themen in der Politik immer zentraler wurden, rückten denn auch die Grünen ins Zentrum des politischen Interesses, während die 68er Parteien, namentlich die POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) und die RML (Revolutionäre Marxistische Liga), an Attraktivität verloren. Diese gingen in der Folge über ihre Bücher: Die POCH verabschiedete sich vom Marxismus-Leninismus, gab sich die neue Bezeichnung POCH-Grüne und arbeitete gezielt auf den Zusammenschluss aller ökologischen, nicht-nationalistischen Kräfte hin («Konzept des grünen Bogens»). Die RML benannte sich in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) um, lancierte eine eigenössische Volksinitiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung» (Lehrwerkstätten-Initiative) und engagierte sich in der Armeeebschaffungsbewegung.

Im grünen Segment hatten sich für die Nationalratswahlen 1983 zwei nationale grüne Formationen gebildet: die gemässigte «Föderation der grünen Parteien in der Schweiz (GFS)» (die heutige GPS) mit Schwergewicht in der Westschweiz und die linke «Grüne Alternative Schweiz (GRAS)», die mehr in der Deutschschweiz verankert war. Ersterer erlangte bei den Nationalratswahlen 1983 3 Mandate, während letztere leer ausging. Für viele politisch interessierte wurden diese beiden Formationen zu wichtigeren Referenzinstanzen als die alten 68er Parteien POCH oder SAP, welche auch nach ihrem «Umbau» ihre Attraktivität nicht merklich zu steigern vermochten; auch machte sich bei POCH und SAP eine gewisse «Überalterung» bemerkbar. Bei Teilen der POCH setzte zudem ein interner Auflösungsprozess ein, und immer stärker wurde darauf gedrängt, sozialistische Ideen fallenzulassen und mit den Grünen zusammenzugehen; diese Bestrebungen wurden jedoch von der GFS (GPS) zurückgewiesen. Demgegenüber verfolgte die SAP das Konzept einer dritten, links-grünen Kraft neben SPS und GFS (GPS).

Das Projekt «Grünes Bündnis Schweiz» Mitte der achtziger Jahre präsentierte sich das grüne und links-grüne Segment in unübersichtlicher Vielfalt: Es gab die gemässigte GFS (GPS), die linke GRAS sowie eine Reihe von lokalen grünen Gruppierungen; zu diesen stiessen nun noch POCH-Grüne mit einem Hang zur Vernetzung aller Grünen und die SAP mit der Idee eines links-grünen Projekts.

Die Unübersichtlichkeit vergrösserte sich, weil die verschiedenen POCH- und SAP-Sektionen von Kanton zu Kanton unterschiedliche Strategien einschlugen. Einige wie z. B. die POCH Luzern und die SAP Zug «mutierten» fast integral zu einem Grünen Bündnis bzw. zur Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA), andere blieben noch für geraume Zeit autonom (z. B. die POCH in Basel und Zürich), arbeiteten aber mit den alternativen Grünen zusammen. In Bern kamen POCH und SAP 1987 überein, zusammen mit interessierten Dritten ein Grünes Bündnis zu gründen und sich mit einer Grünen Liste an den Nationalratswahlen 1987 zu beteiligen – auch mit dem Ziel, den POCH-Grüne-Sitz von Barbara Gurtner zu retten. Die «Hoffnungswahlen von 1987» verstärkten jedoch den bisherigen Trend: Zur stärksten Partei wurde die GPS (sie brachte es auf 9 Sitze im Nationalrat); sie lag damit deutlich vor POCH-Grüne (2 Sitze: ZH, BS) und den alternativen Grünen (2 Sitze: BL, AG).

Der Start des GB Bern war somit alles andere als ein Traumstart: Das Mandat von Barbara Gurtner ging – nicht unerwartet (wegen dem Fehlen der traditionellen Listenverbindung mit den jurassischen Separatisten) – verloren, und das Projekt eines nationalen «Grünen Bündnis Schweiz» erlitt Schiffbruch. Um so bemerkenswerter war die Hartnäckigkeit, mit der das GB in Bern seinen Aufbau vorantrieb und auch die Abspaltung eines Teils der POCH verkraften konnte, welcher nach dem Scheitern der Option «Grünes Bündnis Schweiz» versuchte, die POCH nochmals zu beleben.

Im Nationalrat drängte die POCH sogleich auf eine grosse grüne Fraktion, was die GPS jedoch erneut zurückwies. Nachdem Werner Carobbio vom Tessiner PSA, dem früheren Fraktionspartner der POCH, in die SPS-Fraktion gewechselt hatte und sich Hanspeter Thür, der alternativ-grüne Aargauer Nationalrat, geweigert hatte, den PdA-Vertreter aus Genf in eine allfällige Fraktion aufzunehmen, standen die zwei PöchlerInnen und zwei alternativen Grünen ohne Fraktion da. Thür trat sogleich in die GPS-Fraktion ein und später folgte ihm die Baselbieterin Susanne Oberholzer-Leutenegger. Auch die meisten grossen Kantonalparteien der Grün-Alternativen (Luzern, Basel-Landschaft, St. Gallen und Aargau) wechselten nun zur GPS. Das Projekt eines «Grünen Bündnis Schweiz» rückte somit in weite Ferne, während die GPS durch den Beitritt der Grün-Alternativen vor allem in der Deutschschweiz stärker wurde und politisch nach links rutschte.

Rascher Erosionsprozess Die verbliebenen Grün-Alternativen und die POB (POCH Basel) unternahmen einen letzten Anlauf für ein nationales Projekt bei den Nationalratswahlen 1991, zu denen sie als Wahlbündnis «DaCH (Die andere Schweiz)» antraten. Es reichte zu einem einzigen Mandat (FraP ZH), deren Inhaberin in der SPS-Fraktion Einsitz nahm. Das GB Bern ging erneut leer aus. Die GPS war dagegen weiter auf Siegeskurs: Sie gewann 5 Sitze hinzu und brachte es – nicht zuletzt dank den zu ihnen gekommenen alternativen Grünen – auf 14 Mandate, wodurch sie im Nationalrat zur stärksten Nicht-Regierungs-Partei wurde. Für die Nationalratswahlen 1995 schliesslich brachten die alternativen Grünen und die Feministinnen nicht einmal mehr eine «anständige» Wahlallianz zustande: Es kandidierten in fünf Kantonen feministische Frauenlisten

(«Unabhängige Feministische Frauenlisten; UFF»); dazu kamen einige versplitterte Grün-Alternative sowie einige – eher gewerkschaftlich orientierte – Listen mit der Bezeichnung «Solidarität». Die FraP vermochte ihr Mandat zu halten und das GB Bern gewann ein Mandat. Bei der GPS aber wurde nun deutlich sichtbar, was sich in den Kantonen seit einiger Zeit abzeichnet hatte: Die GPS war auf der Verliererstrasse und musste der SPS zurückgeben, was sie ihr in den achtziger Jahren entrisen hatte. Im Nationalrat schmolz die GPS-Delegation von 14 auf 8.

Trotz ihrer misslichen Situation erhielt die GPS nach den Nationalratswahlen 1995 weiter Zulauf: Ehemalige alternative Grüne sind ihr beigetreten oder haben bei ihr den Beobachterstatus beantragt, so die Grünen in Solothurn, Freiburg, Wallis, Graubünden und auch die BasAI, jenes links-alternative Sammelbecken in Basel-Stadt. Grössere links-grüne Formationen, mit denen also die dritte Kraft neben GPS und SPS aufgebaut werden könnte, gibt es somit – neben Bern – nur noch in Zug und in der Waadt.

Mit diesem Exkurs soll verständlich gemacht werden, weshalb das GB in Bern eine lokale Kraft wurde: Der dritte Weg neben GPS und SPS scheiterte am Mangel und Desinteresse nationaler PartnerInnen. Dies dürfte, so wie sich die Lage präsentiert, auch für die kommenden Jahre Gültigkeit haben, sind doch fast alle ehemaligen alternativen Grünen und anderen Linken in die GPS (oder in die SPS) eingetreten.

Mögliche Strategien des GB

Unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt es für das GB vier mögliche Wege: Zwei, welche sich mit dem gegenwärtigen «Bern»-zentrierten Zustand zufriedener geben, und zwei, welche sich einer verwandten Partei mit nationaler Struktur anschliessen. Im folgenden werden Pro- und Contra-Überlegungen zusammengestellt.

■ Den lokalen Bezug akzeptieren und eine gute Lokalpolitik machen (mit Modellcharakter für andere Städte)

Wie eingangs erwähnt, hat das GB innerhalb des RGM-Bündnisses eine wichtige Funktion. Warum also nach – wie die Geschichte zeigt – Unmöglichem streben (will heissen: eine nationale links-grüne Formation aufbauen) und dabei womöglich die Arbeit im RGM-Bündnis, das Modellcharakter auch für andere Städte hat, vernachlässigen?

Mit der lokalen Option bleibt das GB aber eine lokale politische Formation. Solche können zwar durchaus über längere Zeit Bestand haben, wie etwa die Beispiele aus der näheren Umgebung zeigen («Junges Bern» und «Freie Bieler Bürger»); das «Junge Bern» brachte es mit seiner nonkonformistischen Politik immerhin auf fast 40 Jahre, was wohl eine Höchstleistung darstellt. Häufig sind die lokalen Formationen an eine besondere politische Problematik gebunden und stark von einzelnen Persönlichkeiten geprägt und in einem gewissen Sinn sogar von diesen abhängig.

■ Auf bessere Zeiten warten – trotz Wolf Biermann

Diese Option ist in einem gewissen Sinn eine Erweiterung der lokalen Option: Parallel zur Lokalpolitik kann versucht werden, sich mit den noch verbliebenen Gleichgesinnten in der Schweiz zu vernetzen und abzuwarten, bis die SPS an

Schwung verloren hat, oder bis die Unzufriedenheit mit der GPS weiter zunimmt, und das Projekt einer dritten Kraft neben SPS und GPS nochmals spruchreif werden könnte. Die Geschichte zeigt jedoch, dass auch Oppositionen veralten (vgl. dazu den Aufstieg und Fall der grössten Oppositionspartei der Schweiz, des LdU). Gegen die «Warten»-Option spricht zudem, dass der Kreis der verbliebenen Alternativ-Grünen immer kleiner wird; die meisten wenden sich – trotz der Kritik an der GPS – dieser zu.

Bei beiden lokalen Optionen besteht längerfristig die Gefahr der «Provincialisierung» des GB. Das GB ist von der nationalen (und erst recht von der internationalen) Politik ausgeschlossen: Es vermag weder eigenössische Volksinitiativen zu lancieren noch Referenden zu ergreifen – was gerade für GB-Leute, denen die direkte Demokratie besonders wichtig ist, frustrierend sein dürfte. Dazu kommt, dass sich manche Mitglieder des GB nicht mit Lokalpolitik begnügen; sie engagieren sich in nationalen Projekten (Gewerkschaften, Umweltschutzverbänden, GSoA etc.). Der nationale und internationale Aspekt der Politik wird von diesen GB-Mitgliedern einfach «privatisiert».

■ **Anschluss an die SPS**

Für die dritte Option «Anschluss an die SPS» spricht die Überwindung des in Option 1 und 2 beklagten Mangels an nationaler (und internationaler) Perspektive. Programmatisch dürften zwischen SPS und GB kaum unüberwindbare Differenzen bestehen. Dazu kommt, dass die SPS seit einigen Jahren in Hochform ist, Wahlen um Wahlen gewinnt und die politische Agenda in der Schweiz massgebend mitbestimmen kann – dies könnte einen Anschluss zusätzlich schmackhaft machen.

14

Es ist jedoch daran zu erinnern, dass das GB eine städtische und zu den Bürgerlichen in Opposition stehende Gruppierung ist, während die SPS in den meisten Fällen als Juniorpartner in mehrheitlich bürgerlich bestimmte Regierungen eingebunden ist. Aufgrund der Geschichte wissen wir ferner auch, dass selbst radikale Parteien mit der Zeit lahm und träge werden, neue politische Fragen und Probleme verkennen oder nicht mehr bemerken. Um dem entgegenzuwirken, ist der Druck politisch verwandter kleinerer Parteien elementar. Für die SPS waren in den achtziger Jahren die Grünen die verdienstvollen KonkurrentInnen; sie luchsteten der SPS solange Stimmen ab, bis sich diese zu einer ökologischen und frauenfreundlichen Partei gewandelt hatte. Ich denke, die SPS verdient weiterhin eine konkurrierende Kraft, die sie – unter Androhung von Stimmenverlusten – von aussen auf Trab hält.²

■ **Anschluss an die GPS**

Für diese Option spricht – wie für den Anschluss an die SPS – die Möglichkeit einer nationalen (und internationalen) Politik. Auch die programmatischen Vorstellungen zwischen GPS und GB dürften nicht fundamental verschieden sein. Die GPS könnte dem GB insofern auch eher als die SPS entsprechen, als ihr Oppositionscharakter ausgeprägter ist. Zudem finden sich in der GPS viele Personen aus dem ehemaligen grün-alternativen Milieu.

Nicht gerade attraktiv ist ein Anschluss an die GPS angesichts der Tatsache, dass sich die GPS seit geraumer Zeit in einer tiefen Krise befindet: Fast überall, wo die GPS antritt, muss sie «unten durch», während die SPS gewinnt und

strahlt. Dazu kommt, dass auch ihre politische Kommunikation einen Tiefpunkt erreicht hat.

Schlussfolgerungen

Ich bin mir bewusst, dass es schönere Geburtstagsgeschenke gibt, als Hinweise auf Schwächen und das Stochern in alten Wunden. Gerade aber weil ich überzeugt bin, dass das GB genügend Substanz hat, über seine Zukunft selbstbestimmt zu entscheiden – bevor es zu spät ist und die Geschichte bestraft – möchte ich mit diesem Aufsatz dem GB zu seinem 10-Jahres-Jubiläum einige Denk- und Diskussionsanstösse geben.

Das GB hat sich unlängst in einer gefährlich-idyllischen Weise den Hausfrieden gesichert, indem es die Diskussionen über die beiden Optionen «Anschluss an SPS» oder «Anschluss an GPS» mit einem Zauberspruch aus dem Reich der Mathematik verummöglichte: «Äquidistanz» zu SPS und GPS. Dieser Begriff bringt vor allem Statisches, Negatives zum Ausdruck – das Gegenteil von dem, was das GB in seinen ersten 10 Jahren verkörpert hat: Dynamik, Selbstbewusstsein und gute Ideen. Meines Erachtens befindet sich das GB heute in guter Form und es ist durchaus in der Lage, darüber zu diskutieren, wohin seine Reise gehen soll, ob eine Ausdehnung auf die nationale Ebene gewünscht wird oder nicht, und – falls ja – in welche der beiden nationalen Formationen, die SPS oder die GPS, das GB eintreten soll. Diese beiden Optionen lassen sich mit der Wahl zwischen zwei Häusern vergleichen: Mit einer roten Villa, in der ein Zimmer bezogen werden kann, und mit einem grünen Haus, das in einem schlechten Zustand ist, das aber mit FreundInnen renoviert und neu eingerichtet werden kann. Falls das GB etwas anderes sein möchte als eine links-grüne lokale Formation, muss es sich von der «Äquidistanz», die kein politisches Konzept ist, verabschieden. In «Äquidistanz» zu zwei gleich grossen Heuhaufen stand auch jener Esel aus der Philosophie, der sich für keinen von beiden entscheiden konnte und schliesslich elendiglich verhungerte.

Werner Seitz, Politologe, Mitglied der Beratungsgruppe der RGM-Parteien in der Stadt Bern, wissenschaftlicher Adjunkt im Bundesamt für Statistik

¹ Damit spreche ich vor allem den ausserordentlichen Einsatz des GB für das Zustandekommen und die Festigung des RGM-Bündnisses an. Damit das RGM-Bündnis schliesslich möglich wurde, brauchte es selbstverständlich die Mitarbeit aller beteiligten Parteien sowie – und vor allem – den RGM-loyalen Verzicht der SP-Frauen auf eine eigene (dritte) SP-Kandidatur.

² Zur Geschichte der Grünen Partei der Schweiz (GPS) siehe: Laurent Rebeaud, Die Grünen in der Schweiz, Zyrglogge Verlag, Bern 1987 sowie Werner Seitz, «Portrait der Grünen Partei der Schweiz (GPS): Wie oppositionell, wie grün, wie links», in Wochenzeitung (WoZ), 16. 20. 4. 1990. Zur politischen Entwicklung im grünen und links-grünen Segment siehe Hans Hirer (Hg.), Année Politique Suisse / Schweizerische Politik im Jahre..., Bern (erscheint jährlich) sowie Bundesamt für Statistik, Nationalratswahlen 1995: Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971, Bern 1995.

³ Vgl. dazu auch die Diskussion über die Thesen von Bodenmann/Daguet betreffend die Zukunft der Linken in der Schweiz: Werner Seitz, «Vielfalt statt sozialdemokratische Einheitspartei», in «Berliner Tagwacht», 14. Mai 1996.

**Barbara Gurtner:
Frauen zuerst: Der Druck
der Strasse und die
Realität**

Seit einem Vierteljahrhundert bin ich nun aktiv in der Frauenbewegung – viele Forderungen blieben gleich und unerfüllt, und doch hat sich so viel verändert. Ich nehme die Gelegenheit wahr, die letzten 10 Jahre aus einiger Distanz nochmals zu überdenken: Das Abklingen der Frauenbewegung als ausserparlamentarische Opposition in der 2. Hälfte der 80er Jahre, der Aufbruch 1991 mit dem Frauenstreik und der Einzug von Frauen in klassische Männerdomänen, die anschliessende grundsätzliche Akzeptanz von Frauenanliegen und deren gleichzeitige Schubladisierung unter dem Druck der Wirtschaftskrise.

Mit der Gründung des Grünen Bündnis 1987 haben sich auch viele Frauen zusammengeschlossen, die in Basisprojekten einen grossen Erfahrungsschatz erarbeitet hatten und die gemeinsam nach neuen Formen der Zusammenarbeit suchten. Auf der inhaltlichen Ebene bedeutete dies keinen Neubeginn, wir konnten auf die Diskussionen und Auseinandersetzungen der feministischen Bewegung seit den 70er Jahren zurückgreifen. Viele Tabus waren gebrochen worden: Frauen hatten ihre eigene Sprache, Identität und eigene Ausdrucksformen entdeckt, Bedürfnisse formuliert und auf die Strasse getragen. Nun mussten Wege gefunden werden, die Gleichstellung der Geschlechter in den Institutionen, in den politischen Gremien, in der Wirtschaft und im sozialen Alltag zu etablieren. Der

Aufbruch der GB-Frauen 1987 bedeutete die pragmatische Suche nach einer wirksamen Politik zur Durchsetzung von radikalen feministischen Inhalten. Langjährige politische Erfahrung, gepaart mit dem Schwung von Neueinsteigerinnen führte zu ersten realpolitischen Erfolgen: 1987 wurde eine Motion von Susanna Bürki, erste SAP/GB-Stadträtin, zur Schaffung eines städtischen Frauenbüros im Stadtrat überwiesen und 8 Jahre später konnte es nach langen Kämpfen trotz grossem finanzpolitischem Druck eröffnet werden.

Gleichstellungspolitik war anfangs der 90er Jahre nach wie vor nicht mehrheitsfähig und wurde von den Männern oft grundsätzlich abgelehnt. Die einsetzende Rezession führte zusätzlich zu Rückschlägen. Viele frauenpolitische Errungenschaften wurden erneut in Frage gestellt. Die fehlenden frauenpolitischen Perspektiven und der «Backlash» führten zu einer Wut in breiten Bevölkerungsschichten, die im Frauenstreik mit der Beteiligung von über 500'000 Frauen ihren Ausdruck fand. Die damalige VPOD-Sekretärin Therese Frösch und das Grüne Bündnis hatten organisatorisch zum Frauenstreik wesentlich beigetragen. Dieser Aufbruch manifestierte sich auch anderthalb Jahre später bei den Berner Gemeindewahlen. Dabei zahlte sich unsere Gleichstellungspolitik für uns wie auch für die SP aus. Sitzgewinne und Frauenmehrheiten in unseren Fraktionen belegen dies. Der Schwung des Frauenstreikes führte zu einer Frauenmehrheit im Gemeinderat, Therese Frösch als erklärtes Feindbild rechtsbürgerlicher Männer wurde Finanzdirektorin. Anfangs der Legislatur wurde versucht,



Therese Frösch finanzpolitische Kompetenz abzusprechen, ihr erster Budgetvorschlag wurde als «Milchmädchenrechnung» diffamiert. 1996 demonstrierten die WählerInnen eindrücklich, was sie von dieser Arroganz hielten und wählten Therese Frösch mit dem Bestresultat wieder. Mit der männlichen Arroganz der Macht sollte 1993 auch der längst überfällige Einzug einer engagierten Frau in den Bundesrat verhindert werden. Erst nach massiven Protesten von Frauen (und Männern) auf dem Berner Bundesplatz brach die selbstgerechte Männerwelt im Bundeshaus zusammen: Der an sich gewählte SP-Mann musste dem Druck weichen und Ruth Dreifuss zog in den Bundesrat, obwohl nicht nur sie Christiane Brunner favorisiert hätte. Der Brunner-Effekt zeigte auch bei den Berner Grossratswahlen im April 1994 Wirkung, als das GB seine Sitzzahl von drei auf fünf erhöhen und die beiden zusätzlichen Mandate mit Frauen besetzen konnte. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist nun Gleichstellungspolitik angeblich akzeptiert. Auch in Parteien wie der SVP, die sich der Frauenförderung verschlossen, melden sich die Frauen lauthals zu Wort. 70 Prozent der Bevölkerung befürworten laut Umfragen eine Mutterschaftsversicherung – realisiert ist sie aber nach wie vor nicht. Immerhin war der Bundesrat 1997 bereit, eine Kampagne gegen Gewalt an Frauen zu lancieren. Hinter der schönen Fassade brechen jedoch die alten Konflikte weiterhin auf: Mit dem Vorwand der Finanzknappheit werden unsere Forderungen schubladisiert, den Worten folgen keine Taten. Teilzeitstellen nehmen zwar zu, doch zumeist zu

schlechten Arbeitsbedingungen und lausigen Löhnen. Mobbing am Arbeitsplatz hat schon viele Frauenkarrieren verhindert.

Feministische Politik findet heute vorwiegend auf einer pragmatischen, realpolitischen Ebene statt. Frauen bewähren sich in Exekutiven und im parlamentarischen Alltag, stellen sich beruflichen Herausforderungen und führen die Auseinandersetzungen im persönlichen Umfeld weiter. Und wenn es notwendig ist, gehen sie auf die Strasse.

Ganze Männer machen halbe-halbe bei Hausarbeit und Beruf; sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wird zurückgedrängt; bei den Budgetvorlagen in Bund, Kanton und Gemeinden wird sichergestellt, dass Frauen nicht die Hauptlast der Wirtschaftskrise tragen müssen: Diese Forderungen sind noch längst nicht realisiert. Das Grüne Bündnis mit seiner offenen Diskussionskultur, der Vernetzung mit Basisorganisationen und der grossen Erfahrung bei politischen Auseinandersetzungen sowohl auf Bewegungs- wie auf parlamentarischer Ebene kann aber auch in Zukunft wertvolle Beiträge leisten, um sie in die Wirklichkeit umzusetzen.

Barbara Gurtner, Erwachsenenbildnerin, Grossrätin

**Margrith Göldi Hofbauer:
Betonklötze ins Rollen
bringen!**



Das Grüne Bündnis hat sich in den letzten zehn Jahren im Umweltbereich zwei Schwerpunkte gesetzt – die Verkehrs- und die Energiepolitik. Dem Grünen Bündnis ist es wohl gelungen, in diesen Gebieten eine aktive Rolle zu spielen, sei es nun auf parlamentarischer oder ausserparlamentarischer Ebene. Diese Rolle muss gefestigt und weiter ausgebaut werden, vor dem momentanen wirtschaftlichen Hintergrund erst recht! Lebens- und Wohnqualität stehen in engem Zusammenhang mit der Mobilität von uns Menschen. Wir befinden uns nach wie vor in einem Teufelskreis. Der zunehmende Drang nach mehr Bewegungsfreiheit – besonders mit dem privaten Auto – führt zu immer unwirtlicheren Wohn- und Lebensumgebungen. Als Folge davon sehen wir uns mit schlechterer Luft, mehr Lärm, weniger Sicherheit und mit einer auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgerichteten Gestaltung unserer näheren und weiteren Umwelt konfrontiert. Es ist darum niemandem zu verübeln, dass immer mehr BewohnerInnen die Städte verlassen oder zumindest in den Ferien fernab von zu Hause die heile Welt zu finden erhoffen. Das Grüne Bündnis hat darum von Beginn weg einen Schwerpunkt im Bereich Verkehr gesetzt. Der erste grosse Effort wurde mit der Lancierung der Doppelinitiative «Verkehrspolitik vors Volk und Tempo 30» geleistet. Zwar

wurden beide Initiativen abgelehnt; der Achtungserfolg bei der Tempo 30-Initiative schüchterte den Gemeinderat aber derart ein, dass er – wenn auch bisher nur halbherzig – Tempo 30 sukzessive in den Quartieren einführt. Es wird an uns sein, die Umsetzung auch weiterhin genau zu verfolgen, damit der Vollzug nicht im Sand verläuft. So wartet man beispielsweise im Mattenhof und im Weissenbühl immer noch auf die provisorische Einführung, und für die definitiven gestalterischen Massnahmen in allen Quartieren fehlt offenbar das Geld. Dasselbe Schicksal ereilte die Massnahmen im Bereich der FussgängerInnen- und Veloförderung. Dies wird mit dem jüngsten Beispiel – dem Entwurf zum Fuss- und Wanderwegrichtplan – offensichtlich. Läppische 500'000 Franken (bei jährlichen Strassenausgaben von 91 Mio.) sollen jährlich für Verbesserungen in diesem Bereich zur Verfügung gestellt werden. Da wird hoffentlich die Fuss- und Velo-Initiative, welche das Grüne Bündnis 1996 eingereicht hat, zum notwendigen Druckmittel werden. Je nach Projekt sind die Berner Behörden jedoch sehr wohl bereit, Millionenbeträge locker zu machen. Mit riesigem finanziellem Aufwand soll ein Dinosaurierprojekt wie der Schanzentunnel verwirklicht werden, welches aus verkehrspolitischer Sicht längst überholt ist. Die genannten Beispiele zeigen, dass es dem GB bisher gelungen ist und wohl auch weiterhin gelingt, Betonklötze ins Rollen zu bringen. Gleichzeitig müssen wir aber auch immer wieder auf die Bremse treten, um dem Ziel einer lebenswerten Um- und Mitwelt näher zu kommen.

Mühleberg steht für mich stellvertretend für eine überholte Energiepolitik, wie sie auf allen parlamentarischen Ebenen praktiziert wird. Sie ist nicht nur teuer und wenig effizient, sondern vor allem auch gefährlich und hinterlässt für Jahrtausende gefährlichen Abfall. Das Grüne Bündnis hat sich mit parlamentarischen Vorstössen, Vollversammlungsdebatten, Info-Artikeln, Mithilfe bei Abstimmungen und auch ausserparlamentarischen Aktionen immer wieder profilieren können. Mit den von Mitgliedern des Grünen Bündnis mitorganisierten «Banquets antinucléaires», welche 1990 jeweils auf dem Viktoriaplatz stattfanden, konnte ein breites Publikum auf die Machenschaften der BKW aufmerksam gemacht werden. Sie hatten zur Folge, dass Grundregeln über die Informationspolitik von staatlicher und halbstaatlichen Unternehmungen bei Abstimmungen formuliert wurden. Den bisher grössten Abstimmungserfolg konnten wir ebenfalls im Bereich der Energiepolitik verzeichnen: Es war die Konsultativabstimmung über die Stellungnahme des Kantons Bern zur Betriebsbewilligung von Mühleberg 1992. Was nicht einmal das Grüne Bündnis erwartet hatte, traf ein: Eine Mehrheit des Berner Stimmvolkes war mit der vorgeschlagenen Stellungnahme nicht einverstanden und lehnte sie daher ab. Die Beispiele zeigen, dass durch die aktive Mitarbeit von GB-AktivistInnen an den Stühlen der Atomlobby gesägt werden kann, und ich bin zuversichtlich, dass sie mit etwas Ausdauer (parlamentarisch und ausserparlamentarisch) auch zu Falle gebracht wird.

Die Sterne für Mühleberg wie auch für die Grimsel standen noch nie so schlecht wie heute.

*Margrith Göldi Hofbauer,
Landschaftsarchitektin/Raumplanerin, Grossrätin*

■ Die Stadträtinnen Eva von Ballmoos-Keller und Maria Regli Schmucki engagieren sich für eine velo- und fussgängerfreundliche Stadt.





In den zehn Jahren der Existenz des Grünen Bündnis haben sich die Fragestellungen und Prioritäten natürlich mehr oder weniger verschoben. 1987 standen Finanz- und Wirtschaftsfragen in der Gesellschaft wie auch bei uns weit weniger im Vordergrund als heutzutage. Unsere grundsätzlichen Ansichten sind jedoch trotzdem gleich geblieben. Insbesondere zwei Thesen bilden für uns nach wie vor die grundlegende Angehensweise für Finanz- und Wirtschaftsfragen:

1. Die Wirtschaft wird von Menschen gemacht. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der durch das Wirtschaften direkt betroffenen Bevölkerung haben klar Vorrang gegenüber den Interessen der AktionärInnen.

2. Über 80% der aktiven Bevölkerung sind Lohnabhängige. In einer demokratischen Gesellschaft geht es nicht an, dass einige Grossaktionäre und ihre Statthalter mit ihren Entscheiden das Schicksal der grossen Mehrheit der Arbeitnehmenden prägen. Wir haben uns daher immer für starke Gewerkschaften eingesetzt, die aktive Gegenmächte zur Entscheidungsbefugnis der Kapitalvertreter sein sollen – starke Gewerkschaften, für die der Arbeitsfrieden kein Tabu ist. Es ist daher kein Zufall, dass sich im Grünen Bündnis immer wieder aktive GewerkschafterInnen und auch Gewerkschaftsverantwortliche finden.

Wir wollen die Rolle des Grünen Bündnis anhand von drei Beispielen darlegen:

In den späten 80er Jahren organisierte die Gewerkschaft VPOD zusammen mit anderen Berufsverbänden im Gesundheitsbereich die Bewegung «zäme geit's». Über Jahre wurde mit Versammlungen und geeigneten Aktionen so stark Druck auf die zuständigen kantonalen Behörden gemacht, dass schliesslich eine Zeitgutschrift für Nachtarbeit durchgesetzt wurde. Für das Grüne Bündnis war die Bewegung des Gesundheitspersonals nicht nur wichtig, weil unsere Vertreterinnen dabei eine führende Rolle spielten oder weil es um eine wichtige Verbesserung in einem mehrheitlich «weiblichen» Arbeitsbereich ging, indem die Frauen lohnmassig gesamtgesellschaftlich immer noch stark diskriminiert sind. Es war vor allem auch ein Beispiel dafür, dass sich die direkt Betroffenen mit gewerkschaftlichen Aktionen gemeinsam erfolgreich wehren können, und zwar auch in Sektoren, die gewerkschaftlich keine grosse Tradition haben.

Letzten Endes wird auch die unsoziale Sparpolitik der heutigen bürgerlichen Mehrheit in diesem Kanton erst gebremst werden können, wenn sich die direkt Betroffenen mit vergleichbarem kreativem und ausdauerndem Widerstand wie damals das Gesundheitspersonal zur Wehr setzen werden...

Mit der Wirtschaftskrise seit Beginn der 90er Jahre und der rasanten Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Schweiz



und im Kanton Bern wurde endgültig klar, dass der «Sonderfall Schweiz» zu Ende war. Auch in der Schweiz ist die Sockelarbeitslosigkeit zu einem «normalen» Phänomen geworden. Unter dem Druck des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds wurden in kurzer Zeit viele fast schon selbstverständliche Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung in Frage gestellt. Es drohen Änderungskündigungen und Lohnkürzungen, die Aufhebung des Teuerungsausgleichs, Arbeitszeiterhöhung, insbesondere durch übermässige Überstunden, oder Arbeit auf Abruf. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich noch mehr. Die Reichumsverteilung in der Schweiz unterscheidet sich in ihren Mechanismen nicht wesentlich von jener in einem durchschnittlichen Land der 3. Welt.

Anfangs 1993 lancierte das Grüne Bündnis die Idee einer Arbeitsbeschaffungsinitiative, finanziert durch eine Solidaritätsabgabe der reichsten SteuerzahlerInnen. Falls die Arbeitslosigkeit 3% übersteigt, sollten die reichsten SteuerzahlerInnen einen zusätzlichen Zehntel leisten, damit Arbeitsbeschaffungsmassnahmen unterstützt und damit die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könnten. So wären jährlich rund 1000 Arbeitsplätze entstanden. Ein breit abgestütztes Initiativkomitee brachte im Frühling 1994 die Initiative zustande, die allerdings zwei Jahre später in der Volksabstimmung verworfen wurde.

«Zäme schaffe» war und bleibt nicht nur inhaltlich eine wichtige und glaubwürdige Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei. Das Beispiel zeigt auch, wie es einer relativ kleinen Gruppe wie dem Grünen Bündnis gelingen kann,

rund um eine Idee ein breites Bündnis von verschiedenen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften zu bilden.

Der freie Markt wird heute von bürgerlicher Seite quasi zu einem religiösen Dogma erhoben. Die Rolle des Staates wird auf die Zurverfügungstellung von günstigen Rahmenbedingungen (Steuersenkungen) reduziert. Die extreme Sparpolitik hat mitgeholfen, den leichten Aufschwung 1995 abzutöten. Demgegenüber hat das Grüne Bündnis, zusammen mit den Gewerkschaften und insbesondere der GBI, immer betont, dass der Staat sehr wohl eine wichtige wirtschaftspolitische Rolle spielen muss. Es geht uns dabei nicht um die Schaffung von Arbeitsplätzen um jeden Preis. Wir wollen würdige Arbeit.

Zwei Stossrichtungen stehen für uns im Vordergrund: Einerseits soll die Arbeit mittels einer Arbeitszeitverkürzung auf mehr Hände verteilt werden. Andererseits soll der Staat, v.a. in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in sozial und ökologisch sinnvolle Projekte investieren. Abgestützt auf ein solches Arbeitsbeschaffungsprogramm hat das Grüne Bündnis als erste Organisation verschiedene Vorstösse auf Gemeinde- und Kantonsebene eingereicht. Zusammen mit den Gewerkschaften ist es gelungen, diese Fragen zum Thema zu machen.

Franziska Widmer, Gewerkschaftssekretärin VPOD-Kanton, Grossrätin
Roland Sidler, Gewerkschaftssekretär Gewerkschaft Bau und Industrie, Grossrat Biel

Michael Jordi:
Städtische Wirtschafts-
und Finanzpolitik –
je länger, desto stärker
und realer



Als linke und grüne Organisation die Wirtschafts- und Finanzpolitik real zu beeinflussen, ist nicht einfach. Einige (ältere) GB-Mitglieder beschäftigten sich in den 70er und noch den 80er Jahren nur auf einer abstrakt-utopischen Ebene damit: Vermögen, Einkommen und Arbeit müssen umverteilt, die Wirtschaft im Sinne von gesellschaftlich mitbestimmten Produktionseinheiten umgebaut und ökologisiert werden. Auch wenn diese ethischen Grundsätze für mich immer noch Geltung haben, sind sie inzwischen bezüglich Umsetzung in einen fernerer Horizont gerückt. Im wirtschaftlichen Mikrokosmos einer Stadt wie Bern sind Wirtschaftsgang, Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik von nationalen Entscheiden und internationalen Entwicklungen abhängig. Der Spielraum einer Stadt liegt im Bereich der Steuerung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen, der Steigerung der Attraktivität der Stadt für EinwohnerInnen und AnbieterInnen von Arbeitsplätzen und einer ergänzenden Unterstützungspolitik im Erwerbslosenbereich.

Trotz diesen engen Rahmenbedingungen ist es dem Grünen Bündnis innerhalb von zehn Jahren gelungen, diese Politikbereiche zunehmend zu beeinflussen.

Als sozialpolitisch engagierte GewerkschafterInnen bekämpften wir in den Jahren vor der Wirtschaftskrise die

bürgerlichen Budgets und die Steuersatzsenkung in einer Zeit, als sich die Rechnung bereits verschlechterte. Mit vielen Platzaktionen vor dem Rathaus und vor dem Erlacherhof protestierten wir zusammen mit städtischen Institutionen gegen Leistungskürzungen und Sozialabbau. Seit der RGM-Mehrheit gestaltet das Grüne Bündnis mit Therese Frösch als Finanzdirektorin, einem Sitz in der Finanzkommission und aktiven Vorschlägen in der Budgetdebatte im Stadtrat die Finanzpolitik aktiv mit. Das Defizit konnte ohne Sozialabbau und ohne einschneidende Massnahmen beim städtischen Personal auf ein durchaus vertretbares Mass gesenkt werden. Der Gemeinderat hat zudem auf Anregung der GB-Finanzdirektorin und der Gewerkschaften eine Arbeitszeitverkürzung für die städtischen Angestellten in die Finanzstrategie 1997–2001 aufgenommen. Es ist in diesen letzten Jahren weitgehend gelungen, eine bescheidene antizyklische Wirtschaftspolitik zu betreiben und trotzdem die Defizite zu senken.

*Michael Jordi, Ökonom, Gewerkschaftssekretär
VPOD-Kanton, Stadtrat*

Annemarie Sancar-
Flückiger:
«Aussenpolitik»
zwischen Solidarität und
Integration im Quartier



Das GB macht Aussenpolitik... das wäre wohl ein bisschen viel gesagt. Dennoch können wir als Arbeitsgruppe «Internationales» auf intensive 10 Arbeitsjahre zurückblicken. Der rote Faden unserer Arbeit ist ein internationalistischer Zugang zu gesellschaftlichen Spannungsfeldern. Aus unseren Diskussionen sind oft Veranstaltungen geworden – als Manifestation von Solidarität mit sozialen Bewegungen im Süden und von einer eigenständigen politischen Position in der lokalen Öffentlichkeit. Das Verstehen der Zusammenhänge zwischen Prozessen im Süden und den Entwicklungen in den Industrienationen wirken wie ein Motor unserer Arbeit. Das verlangt eine Analyse von Verflechtungen und Verfilzungen und den kritischen Blick auf das ideologisch stark aufgeladene, immer wieder neu besetzte Gegensatzpaar «Norden–Süden» (letzteres auch «Trikont» genannt, auf jeden Fall immer normativ so einengend, dass fast jede Bezeichnung dessen, was früher unter «Dritte Welt» lief, einmal als politisch nicht mehr korrekt betrachtet wurde). Ganz selbstverständlich ist es nicht, dass wir uns heute vor allem mit migrationspolitischen Fragen auseinandersetzen. Vielleicht klang zu Beginn auch etwas von der Hoffnung der 70er Jahre mit, MigrantInnen würden ein bisschen Revolution mitbringen. Vielleicht liegt es auch daran, dass Migrationspolitik tatsächlich einen wichtigen Teil der öffentlichen Debatten ausmacht.

Die erste Phase unserer Arbeit ist gekennzeichnet von der Soliarbeit mit Palästina: Nach einer ersten Kundgebung 1987 in Bern, einem Konzert mit einer palästinensischen Musikgruppe und einer öffentlichen Veranstaltung kurz nach Beginn der Intifada, an der ich von meinen Erfahrungen unter der Ausgangssperre in Nablus berichtet hatte, kam eine Zeit der Reflexion. Wir konzentrierten uns – zusammen mit anderen interessierten Gruppierungen und Personen – mehr auf die inhaltliche Diskussion: Zionismus, Antisemitismus, palästinensische Autonomie. Ein weiteres geographisches Schwerpunktgebiet ist Algerien: Die Veranstaltung mit der damals gerühmten, politisch akzeptierten, heute leider in weiten Kreisen verpönten und als Beraterin der Generäle abbeschriebenen Feministin Chalida Messoudi war höchst spannend. 1991 war das Thema «Frauen und Islam» noch eine Garantie für volle Säle. Diese Veranstaltungen organisierten wir meist in engster Zusammenarbeit mit Bewegungen und für das Thema engagierten Nichtregierungsorganisationen. Seit Anfang der 90er Jahre heisst unsere Arbeitsgruppe Internationales und Migration. Das hat einmal damit zu tun, dass sich unsere persönlichen Interessengebiete und Kenntnisse verlagert haben. Parallel zum stärkeren Engagement des GB auf parlamentarischer Ebene setzten wir neu auch migrationspolitische Akzente auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, zum Beispiel Integrationspolitik und -leitbild, politische Rechte für AusländerInnen, Asylpolitik, Bildungsfragen. Dass fremdenfeindlich motivierte Anschläge auf AusländerInnen zu Beginn der neunziger

2 x JA

zum Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen

Für alle, die seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen in der Schweiz wohnhaft sind.

1999 über 100 000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Postfach 1907, 3001 Bern



Jahre kaum Aufsehen erregten und die Sicherheitskräfte sich oft mit Alibiübungen begnügten, verlangte ein entschiedenes Eingreifen. Leute aus dem GB initiierten und beteiligten sich an zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen. Auf institutioneller Ebene erforderten Verschärfungen des AusländerInnen- und Asylrechts (z.B. Referendum gegen Zwangsmassnahmen) entschiedenen Widerstand.

Die Schwerpunktverlagerung hängt schliesslich mit der Grosswetterlage zusammen. Befreiungsbewegungen finden kaum Niederschlag in der Solidaritätsbewegung, die ihrerseits stark geschrumpft ist – nicht zuletzt auch in Folge der starken Verwässerung ideologischer Normierung nach 1989. Die grosse internationalistische Debatte hat das Feld (vorübergehend) geräumt. Wir bleiben dran, zumindest was die Aufarbeitung von Texten und Informationen betrifft, mit dem Versuch, einen relevanten Zusammenhang auch zu schweizübergreifenden, ja weltweiten Spannungen zumindest diskursiv herzustellen. Algerien interessiert uns aufgrund der inneren Zersetzung des Landes, der beschränkten Medienberichterstattung. Das Land bietet sich gleichzeitig an, die asylpolitische Praxis des Bundes unter die Lupe zu nehmen. Solche Versuche lohnen sich, nicht nur inhaltlich, sondern auch, um die erstarrten Diskussionslinien aufzubrechen und eventuell auch Bewegungen aus verschiedensten thematischen Bereichen zusammenzubringen, ein neues Paradigma, in dem die Trennung von Migrationspolitik und internationalistischer Soliarbeit keinen Sinn mehr macht und verschiedene

politische Kräfte aus der Solibewegung und der Asylkomiteearbeit neu gebündelt werden können. Unserer Tradition, mit Soligruppen und Bewegungen zusammenzuarbeiten, werden wir auch in Zukunft treu bleiben, daran ändert sich nichts, auch wenn wir teilweise einen Fuss im Stadtrat haben – nur einen, denn den anderen Fuss lassen wir gerne und mit Nachdruck drin in der auf partizipatorische Demokratie und Gleichstellung setzenden ausserparlamentarischen «postinternationalistischen» Debatte.

Annemarie Sancar-Flückiger, Ethnologin, Informationsbeauftragte cfd, Stadträtin

■ Frauenstreik 1991–Lohntransparenz 1996: Die Stadträtinnen Ursula Hirt und Regula Keller sind aktiv dabei.



Franziska Teuscher: Das Grüne Bündnis in Bundesbern

Die Frage nach der nationalen Perspektive zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Grünen Bündnis: Sowohl bei der Gründung 1987 wie auch um die Nationalratswahlen 1995 wurde die Frage der Einbettung des Grünen Bündnis Bern in eine nationale Struktur gestellt, jedoch unter unterschiedlichen Vorzeichen. 1987 und 1991 stand die Bildung einer alternativen Kraft links von GPS und SPS im Vordergrund. Diese Phase nationaler GB-Politik wird in den beiden Artikeln von Therese Frösch und Werner Seitz diskutiert. Im folgenden Artikel soll die aktuellere Debatte über die Rolle des GB auf nationaler Ebene aufgezeigt werden.

Vor den Nationalratswahlen 1995 diskutierte das Grüne Bündnis eingehend, ob es für eine in erster Linie regional verankerte Gruppierung überhaupt sinnvoll sei, sich ein weiteres Mal – ohne Perspektive auf eine links-alternative Fraktion – an den Nationalratswahlen zu beteiligen. Weil wir uns auch auf nationaler Ebene nicht auf die institutionelle Politik beschränken, sondern auch hier die Bewegungspolitik mit der parlamentarischen Ebene verknüpfen wollten, entschied sich die Mehrheit, noch einen Versuch bei den Wahlen 1995 zu wagen. Gross war die Freude am 22. Oktober, denn diesmal gelang uns der Sprung aufs nationale Parkett! Damit mussten wir unser «äquidistantes» Verhalten gegenüber SPS und GPS neu überdenken,

denn gerade auf nationaler Ebene ist die Mitarbeit in einer Fraktion fast eine Notwendigkeit, um überhaupt «Politik zu machen». Mit einem unkonventionellen Vorschlag zeigte das Grüne Bündnis auch hier, dass wir über ideologische Grenzen hinweg zusammenarbeiten können: Uns schwebte eine links-grüne Fraktion aus den VertreterInnen der Grünen, der FraP und der Westschweizer PdA und Solidarités vor. Leider lehnten einige Leute der Grünen diesen Vorschlag ab, weil ihnen die PdA-Vertreter nicht «ökologieverträglich» erschienen. Danach entschied sich eine Mehrheit des Grünen Bündnis aus pragmatischen Gründen, dass für uns eine Mitarbeit in der kleinen Fraktion der Grünen wirkungsvoller sei als in der grossen SP-Fraktion, welche in die Regierungsverantwortung eingebunden ist.

Insgesamt herrscht im Nationalrat ein recht rauhes Klima. Abbau heisst auch hier das Zauberwort und innerhalb der Bundesratsparteien wird viel «Päckli-Politik» gemacht. Allerdings können die Fronten zwischen Bürgerlichen und Linken aufbrechen, wie dies die Debatten zum Arbeitsgesetz oder zum Investitionsbonus gezeigt haben. Ich glaube, dass auch eine kleine Gruppierung wie das Grüne Bündnis auf nationaler Ebene ihren Platz hat, wenn sie offen, innovativ und bündnisfähig ist und sich nicht auf eine ideologische Politik versteift. Der Erfolg in der Abstimmung über das Arbeitsgesetz hat unser Politikverständnis gefestigt, dass die Parlamentspolitik nur eine Ebene der politischen Arbeit ist. Der Druck der ausserparlamentarischen Gruppierungen ist nach wie vor sehr wich-



tig, wenn wir in der schweizerischen Politik etwas bewegen wollen. Denn soziale, ökologische oder frauenpolitische Anliegen haben es heute wieder besonders schwer.

Bei den Aktivitäten des Grünen Bündnis auf nationaler Ebene gilt es zwischen der ausserparlamentarischen und der parlamentarischen Ebene zu unterscheiden. Im ausserparlamentarischen Bereich war das Grüne Bündnis seit jeher stark verankert, weil viele Mitglieder in zahlreichen nationalen Initiativen und Organisationen verantwortlich mitarbeiten: im Forum gegen Rassismus, im Komitee gegen den Schnüffelstaat, bei Stop F/A-18, beim Frauenstreiktag oder bei der Initiative «Frauen in den Bundesrat». Die Mitarbeit in solchen Strukturen soll auch weiterhin ein wichtiges Element der GB-Arbeit auf nationaler Ebene bleiben. Ein aktuelles Beispiel dazu ist die neugegründete, von mir präsidierte «Vereinigung der Versicherten Schweiz (VdV)», welche sich für die Rechte der Krankenversicherten im Dschungel des Gesundheitswesens einsetzt.

Auf parlamentarischer Ebene ist der Einfluss des GB mit nur einem Mandat und in einer verhältnismässig kleinen Fraktion naturgemäss relativ gering. Seine Stärke kann das Grüne Bündnis in zwei Bereichen ausspielen. Zum einen werden Anliegen und Inhalte befreundeter Bewegungen und Organisationen ins eidgenössische Parlament getragen, so beispielsweise von der Gewerkschaft Bau und Industrie Bern, der Initiative für autofreie Sonntage oder der GSoA. Zum andern ist das Grüne Bündnis bestrebt, die

Verknüpfung der verschiedenen politischen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) aufzuzeigen und gerade an diesen Schnittstellen politisch aktiv zu werden. Ein Beispiel dazu mag die Diskussion um die Umzäunung des Bundeshauses sein, wo das Grüne Bündnis auf verschiedenen politischen Ebenen aktiv wurde. Interessant in dieser Hinsicht ist auch die aktuelle Diskussion der Strommarktliberalisierung, einem wichtigen Thema auf der nationalen Traktandenliste. Hier gilt es, einerseits die Chancen einer Liberalisierung zu nutzen, um die Strombarone, die uns bis anhin ihre Energiepolitik mit AKW und Stromverschleuderung aufzwingen, vom Thron zu stossen. Andererseits müssen bei der Liberalisierung Schranken gesetzt werden, damit sich nicht die billigste und unökologischste Stromproduktion durchsetzt. Das Grüne Bündnis nahm die Ideen der Deutschen Grünen auf und erarbeitete auf dieser Grundlage Richtlinien für eine ökologische Strommarktliberalisierung in der Schweiz. Auch im Energiebereich zeigt sich die Vernetzung von nationaler, kantonaler und lokaler Politik: BKW und EWB haben im liberalisierten europäischen Markt nur eine Überlebenschance, wenn sie auf eine ökologische Stromversorgung setzen. Zusammen mit energiepolitischen Organisationen entwickelt das Grüne Bündnis Vorschläge für eine umweltverträgliche Zukunft von BKW und EWB.

Als einzige Vertreterin des Grünen Bündnis, ohne gesamtschweizerische Partei im Rücken, ist meine Position im Bundeshaus nicht immer einfach. Mir Gehör zu verschaffen

braucht Ausdauer und Hartnäckigkeit. Dennoch ist das GB für mich der einzig richtige Ort, um auch auf nationaler Ebene Einfluss zu nehmen: Wir sind beweglich und unkonventionell, wir müssen nicht auf Entscheide von Parteitagen und taktische Überlegungen Rücksicht nehmen. Vor dem Bundeshaus an einer Demo präsent zu sein macht mir mindestens so viel Spass wie unter der Bundeshauskuppel beim reglementierten Ratsbetrieb Voten zu halten.

Franziska Teuscher, Biologin, Nationalrätin

■ (GB-) Frauen protestieren vor dem Bundeshaus gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen.



**Peter Sigerist:
RotGrünMitte: Das GB als
Vehikel zur
Mehrheitsbeschaffung**

Kaum war die komplizierte Gründungsphase des Grünen Bündnis (GB) von 1987 bis 1990 abgeschlossen, musste sich das GB einer neuen grossen organisationspolitischen Herausforderung stellen: Hatte sich das GB in nur drei Jahren im Neustrukturierungsprozess der Berner radikalen Linken und der grünen Opposition als wirksamste politische Organisation durchgesetzt, musste es die Frage beantworten, ob es aktiver Teil eines rotgrünen Mehrheitsbeschaffungs-Bündnisses und ob es städtische Regierungspartei werden sollte.

Warum konnte sich das junge GB auch dieser neuen Herausforderung erfolgreich stellen? Warum konnte das GB auch in dieser Phase sowohl seine Bündnis- und Handlungsfähigkeit als auch seine eigene Identität im Rahmen eines breiten Parteienbündnisses mit eigener rotgrüner Plattform wahren?

Die Verknüpfung jener Kräfte im GB, die bereits eine lange organisationspolitische Erfahrung auf beinahe allen politischen Handlungsfeldern (ausserparlamentarische, gewerkschaftliche, repräsentative und direktdemokratische Ebene) gesammelt hatten, mit jenen, die sich neu für linksgrüne Inhalte einsetzen wollten oder die sich bisher ausschliesslich in BürgerInnen-Initiativen (BI) bewegt hatten, wurde Garant für die erfolgreiche Entwicklung:

Die neue Partei konnte trotz raschen Wahlerfolgen nicht zur reinen «Wahlmaschinerie» verkommen, misst sie doch ihre Nützlichkeit nicht nur in Wahlprozenten und Parlamentsmandaten, sondern ebenso stark an ihrem gesellschaftlichen Aktivitätspotential und an ihrer Tiefe der nichtinstrumentalisierten Verknüpfung mit BI und Nichtregierungsorganisationen (NGO). Damit war auch die Gefahr gebannt, dass das GB zum Selbstzweck mit entsprechend übergrosser Eigenidentität und Tendenz zum dogmatischen Sektierertum auf Kosten der Initiativ- und Bündnisfähigkeit degenerieren konnte. Jene, die in leninistischen Organisationen der 68er Bewegung ihre Sporen abverdienten, bilanzierten den Niedergang dieser Parteien¹ und versuchten, nur die positiven Erfahrungen weiterzuentwickeln. Mit dem Motto «Nur wer sich ändert, bleibt sich treu»² wurde diese Aufarbeitung der eigenen Geschichte lanciert. Jene, die 1987 und danach neu zum GB gestossen waren, garantierten, dass es keinen Rückfall in obsoletere organisationspolitische und programmatische Konzepte geben konnte.

Auf der Basis dieser Erfahrung und mit dem Prestige einer erfolgreich gestarteten Partei, die über eine genügend breite Persönlichkeitspalette auch für die Regierungsverantwortung verfügte, trat das GB offensiv in die von der Sozialdemokratischen Partei (SP) initiierten Verhandlungen zur Lancierung eines rotgrünen Mehrheitsbündnisses in Bern ein. Entsprechend dem erprobten organisationspolitischen Verständnis wollte das GB von Anfang an aus diesem Mehrheitsbündnis mehr als ein reines Wahlbündnis



erreichen. Die Ausarbeitung einer von allen – auch den Regierungsmitgliedern – mitgetragenen Plattform stand denn gleichwertig neben der personellen Ausbalancierung der Gemeinderatsliste im Zentrum der monatelangen Verhandlungen zur Herausbildung des RotGrünMitte-Bündnisses. Das Austarieren eines Interessenkompromisses unter neun politischen Parteien unterschiedlichster Grösse und Ausrichtung, unterstützt vom Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und Umgebung (GSB), setzte eine Bereitschaft voraus, zumindest einen Teil der Identität und der eigenen Parteiinteressen zurückzustellen und sich für das Gemeinsame reell zu engagieren. Bei der SP-Vertretung – gegen parteiinternen Widerstand – und der GB-Vertretung war diese Bereitschaft am grössten.

Entsprechend konnten sie über ein «informelles Bündnis» am deutlichsten RotGrünMitte prägen. Jene, die befürchteten, zuviel von ihrer eigenen Identität zu verlieren und sich in den Verhandlungen entsprechend hart zeigten, haben gerade mit dieser Haltung den grössten Identitätsverlust erlitten.

Das ist nur scheinbar paradox. RotGrünMitte entstand nämlich nur vordergründig aus wahltechnischen Gründen (fehlende Listenverbindungsmöglichkeit bei den Gemeinderatslisten). Hintergründig spielten ebenso stark die Elemente des weltpolitischen Paradigmenwechsels mit dem Ende der UdSSR, dem Beginn der Wirtschaftskrise in der Schweiz und der weitverbreiteten Erwartung, dass die abgewirtschaftete bürgerliche Stadtberner Mehrheit 1992 doch abgewählt werden musste. Der ganze monatelange

Verhandlungsprozess fand zudem weitgehend in der Öffentlichkeit mit vielen Pressekommentaren statt, so dass die Erwartungen noch weiter gesteigert worden sind. Wer diese Änderungen nicht erfassen konnte oder wollte und weiterhin primär auf die eigene Identität setzte, gehörte dann auch bei den Wahlen zu den Verlierern und büsste entsprechend organisationspolitische Kraft ein. Das GB setzte dann auch in der ersten Legislatur alles daran, dass die RotGrünMitte-Plattform soweit wie möglich und trotz Abstimmungsniederlagen eingehalten worden ist, was wiederum die Voraussetzung für die erfolgreiche Bestätigung von RotGrünMitte bei einer erneuten Stärkung von SP und GB 1996 gewesen ist. Bereits vorher strahlte die Idee eines rotgrünen Bündnisses weit über die Stadtgrenzen hinaus. In Biel war das Grüne Bündnis an einem Bündnisprojekt beteiligt und im Sommer 1997 hat sich das neugegründete Grüne Bündnis Köniz für einen RGM-Zusammenschluss eingesetzt.

Peter Sigerist, Sekretär Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Stadtrat

¹ «Aus der Geschichte lernen». Und: «System-Widerstand oder reformerisches Vorschlagsprofil?» Zur Bilanz der SAP. Von P. Sigerist. «Bresche» Nr. 92/10. S. 32-36.

² «Die Geschichte von RotGrünMitte 1992 in Bern». Eine parteiische Übersicht von P. Sigerist, 4/93. S. 147.

Das Grüne Bündnis Biel hat aufgrund der lokalen politischen Bewegungen einerseits und der Zweisprachigkeit des öffentlichen Lebens andererseits seine eigene Geschichte geschrieben. Die Dynamik der Bewegung war nicht nur geprägt von der Streitkultur zwischen ideologischen Segmenten innerhalb der Linken, sondern auch von den Anstrengungen, zwischen unterschiedlichen Sprachkulturen einen Dialog zu führen und Kommunikationsbarrieren zu überwinden. Interessanterweise erwiesen sich dabei sprachliche Verständigungsschwierigkeiten nicht nur als negative Entwicklungsfaktoren: Zuweilen konnte man nämlich beobachten, dass dank eingeschränkter Möglichkeiten, die Sprache der andern immer völlig zu verstehen, sich die Entscheidungsfindungen auf Wesentliches anstatt auf rhetorische Hahnenkämpfe konzentrierten. Heute steht das Grüne Bündnis als einzige zweisprachige politische Kraft für einen gelebten Bilinguismus. Die andern Parteien verfügen entweder nur über eine einsprachige Organisation oder aber über zwei getrennte Sprachgruppen derselben Partei (z.B. Sozialdemokratische Partei und parti socialiste romand).

Bereits 1984 verbanden sich die POCH und die SAP (RML) bei den kommunalen Wahlen zur Liste POCH/SAP/BUNTE und unternahmen damit den Versuch, die in verschiedenen politischen Aktionen engagierten fortschrittlichen und ökologisch orientierten Kräfte (Forum, Aktionskomitee gegen

die-N5) in eine gemeinsame linke Parlamentsarbeit integrieren zu können. Mit drei Sitzen (1 POCH und 2 SAP) verstärkte sich damals die Linke im Bieler Stadtrat, und bei den Grossratswahlen 1986 zog die SAP sogar in den Grossrat ein.

Vor den Stadtratswahlen 1988 wurde das Grüne Bündnis gegründet, und es stand die Verschmelzung der 68er Parteien mit dieser neuen Gruppierung zur Debatte. Im Gegensatz zu Bern, welches an die Mitgliedschaft im GB die Bedingung knüpfte, keiner andern Partei anzugehören, vermochten sich weder POCH noch SAP in Biel mit einer neuen Identität zu präsentieren. Es war praktisch unbestritten, dass im Interesse einer menschengerechten Umwelt- und Sozialpolitik eine noch engere Zusammenarbeit zwischen allen parteigebundenen und -ungebundenen Kräften aus dem ökologischen, gewerkschaftlichen und linken Lager anzustreben ist, dies aber unter Aufrechterhaltung der eigenen, bei der Bevölkerung «vertrauten» Gruppenidentität. Dass damit auch politische Abstimmungserfolge zu erzielen waren, bewies z.B. die Ablehnung des bürgerlichen VB-Konzepts. Wieweit diese Strategie auch das endgültige Ende der stark nach rechts abgerutschten Freien Bieler Bürger besiegelte, lässt sich schwer sagen. Es waren immer wieder die Kommunalwahlen (Stadt- und Gemeinderat), welche die politischen Kräfte zu neuen Ufern aufbrechen liessen. Im Herbst 1996 kandidierte erstmals ein Mitglied des Grünen Bündnis auf einer gemeinsamen Liste mit der SP/PSR (Team 2000), und die Freie Liste sowie der Landesring waren mit von der Partie.

«Das Grüne Bündnis vertritt eine konsequente sozialgefärbte Umweltpolitik mit klarem antirassistischem und basisdemokratischem Einschlag – gar nicht so einfach verdaubar für ein Exekutivmitglied. Es rüttelt die SP an der linken Seite.»
*Hans Stöckli,
Stadtpräsident Biel, SP*

Damit eroberte sich die Linke wieder die Mehrheit in der Regierung zurück, und man kann sich heute des Eindrucks nicht erwehren, dass die Philosophie des gemeinsamen Ringens um politische Lösungen auch bei den Bürgerlichen ihre Spuren hinterliess. Jedenfalls tritt die neue Regierung zunehmend als geschlossene Mann- und Frauenschaft auf, was in der Bevölkerung tendenziell Vertrauen schafft. Dass die Linie stimmt, wird ein harter Brocken Arbeit für die Trägerinnen und Träger des Team 2000 sein. Mit der gemeinsamen Wahlplattform besteht allerdings eine sehr nützliche Grundlage. Für das Grüne Bündnis stellt sich heute die Frage nach der weiteren Existenzberechtigung. Die aktiven Kräfte sind im GB nicht stärker als in andern Parteien. An einer Retraite hat das GB eine Auslegeordnung vorgenommen. Arbeitslosigkeit, Umwelt- und Verkehrspolitik, Stadtentwicklung, Integrationsprobleme für AusländerInnen, die Realisierung des Schulmodells 6/3 sind Themen, zu denen das GB Akzente setzen muss und will. Die Voraussetzungen, weitere Zusammenschlüsse zu diskutieren, sind noch nicht vorhanden. Deshalb lautet das Motto: Das GB Biel macht weiter.

Stadtrat: François Contini

Grossrat: Roland Sidler

Ehemalige ParlamentarierInnen: Sylviane Zulauf, Nelly Braunschweiger, Marie-Thérèse Sautebin, Liliane Gujer, Fritz Freuler, Niklaus Liggerstorfer, Markus Wick.

«Grün und bündig geh bitte auch ins nächste Jahrzehnt, als eine in bernischen Landen unüberhör- und sehbare Bereicherung der Politszene, aufmüpfig, weiblich, konsequent, offen, sozial, intellektuell, zuweilen leicht abgehoben, aber mit dem Herz immer auf der linken Seite.»

Corrado Pardini, Sekretär Gewerkschaft Bau und Industrie, Biel-Seeland



Wie wird das Grüne Bündnis seinen 20. Geburtstag feiern? Dies – und natürlich auch einiges zu den vergangenen zehn Jahren – fragten wir die drei altgedienten GB-Mitglieder Margrith Göldi Hofbauer, Hans Niklaus und Peter Sigerist, welche alle drei seit der Gründung beim GB aktiv sind, und Natalie Imboden. Während Margrith Göldi Hofbauer den Draht zu der Umweltbewegung und insbesondere zur Anti-Atom-Bewegung sicherstellte und ab 1993 für das GB im Stadtrat (ab 1996 im Grossen Rat) Einsitz nahm, haben Hans Niklaus und Peter Sigerist im Sekretariat einen grossen Teil der politischen und administrativen Arbeit geleistet. Natalie Imboden hingegen gehört zu den jüngeren Gesichtern: Sie ist erst 1995 zum Grünen Bündnis gestossen, hat aber seither mehrere Kampagnen für das Grüne Bündnis im Sekretariat koordiniert.

■ *Das GB feiert im Oktober seinen 10. Geburtstag. Drei von Euch – Margrith, Hans und Peter – sind seit der Gründung dabei. Wenn Euch jemand vor zehn Jahren gefragt hätte, wie das GB im Jahre 1997 aussehen würde, wie hätte Eure Antwort gelautet?*

Margrith Göldi Hofbauer: Ich bin mit der Gründung des Grünen Bündnis erst so richtig politisch aktiv geworden. Damals dachte ich kaum je in so grossen Zyklen. Wichtiger war es mir, ein Gefäss von Leuten zu finden, welche in dieselbe Richtung wie ich dachten und versuchten, auf

ausserparlamentarischer oder auch parlamentarischer Ebene, gewissen Vorstellungen näher zu kommen. Ich denke, dass das GB, so wie es sich heute präsentiert, für mich dieses Gefäss nach wie vor darstellt.

Peter Sigerist: Ich hätte prognostiziert, dass das GB so stark ist, aber unter zwei anderen Bedingungen: Erstens eingebettet in eine nationale, grünrote Oppositionspartei klar links von der Sozialdemokratischen Partei. Und zweitens hätte ich nicht gedacht, dass das GB Regierungspartei in einem Mehrheitsbündnis in der Stadt Bern sein würde.

Hans Niklaus: Dem kann ich mich anschliessen: Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass die Berner Finanzdirektorin an unserem 10-Jahres-Jubiläum teilnehmen würde. Ansonsten spielt das GB in der Stadt Bern zur Zeit etwa die Rolle, die ich mir erhofft habe. Zwei Sachen hätte ich mir jedoch anders ausgemalt: Erstens eine bessere Verankerung in den Agglomerationen der Städte und zweitens eine klarere nationale Perspektive. Insgesamt hat mich das GB jedoch in vielen Bereichen positiv überrascht. Dass wir in gewissen Fragen – wie beispielsweise bei der Armeefrage – eine so starke, prägende nationale Politik machen konnten, hätte ich kaum erhofft.

■ *Vieles hat sich in den vergangenen Jahren auf der Welt verändert; als vielleicht gewichtigster Einschnitt sei hier 1989 erwähnt. Ebensoviel verändert hat sich auch beim Grünen Bündnis. Gleichzeitig gab es unverkennbare Kontinuitäten. Worin bestehen aus Eurer Sicht die gewich-*



■ Natalie Imboden

tigsten Änderungen, worin die Kontinuitäten beim GB?

Natalie Imboden: Die Offenheit des Grünen Bündnis scheint mir eine wichtige Kontinuität zu sein, wobei ich hier anfügen muss, dass ich die ersten sieben Jahre GB nicht direkt miterlebt habe. Der Erfolg des GB basiert wohl zu einem schönen Teil darauf, dass es 1987 gelungen ist, weitere Kreise und Organisationen mit ähnlichen politischen Zielen zusammenzufassen und in die neu entstehende Struktur einzubeziehen. Und genau dies ist auch heute noch ein Merkmal des GB. Nach wie vor können sich hier in Bewegungen aktive Personen vernetzen.

Leute, die vielleicht nicht in starren Parteistrukturen mitarbeiten wollen, finden im Grünen Bündnis ein Forum, um politisch aktiv zu werden. Ich glaube, dass diese Offenheit gegen aussen und innen über die zehn GB-Jahre ein wichtiges Qualitätsmerkmal war.

Margrith Göldi Hofbauer: Offenheit ist auch für mich einer der wichtigsten Gründe dafür, dass wir es geschafft haben, nicht einfach eine Partei im klassischen Sinn zu werden; dass wir nach wie vor ohne hierarchische Strukturen und ohne vorgegebenes Raster über das Funktionieren auskommen. Es scheint mir sehr wichtig, dass man beim GB nach wie vor bereit ist, die Kräfte zusammen mit Bewegungen (die sich selbstverständlicherweise auch immer wieder neu gruppieren, neue Schwerpunkte setzen) zu bündeln, um damit unsere Ziele zu erreichen.

Peter Sigerist: Ich möchte behaupten, dass die Gründung des GB bereits eine Vorwegnahme des Verständnisses war, dass sich – rund um den weltweiten Paradigmen-

wechsel in Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus – etwas ändert auf dieser Welt. Um sozialpolitische, ökologische und feministische Interessen wirksamer in Realpolitik umzusetzen, als es die radikale Linke in der Schweiz bis zu diesem Zeitpunkt getan hatte, brauchte es neue organisationspolitische Gefässe. Darin ist es weitgehend allen Gruppierungen, die sich in der Tradition der Vorläufer-Organisationen des Grünen Bündnis bewegten, gleich ergangen: Der Unterschied zu diesen ist, dass das GB es geschafft hat, das neue Gefäss wirksam zum Leben zu erwecken und dann zehn Jahre weiterleben zu lassen.

Hans Niklaus: Für mich hat 1989 einen Prozess verstärkt, der jedoch schon vorher eingesetzt hatte: Nämlich den Wandel weg von theorielastiger Politik hin zu einer pragmatischen Lösungssuche zu radikalen Fragen. Diese Entwicklung ist 1989 stark beschleunigt worden.

■ *Zumindest die letzten fünf Jahre waren für das GB eine Erfolgsstory, ein stetiger Weg nach oben. Gibt es dafür eine schlüssige Erklärung? Der Schlüssel, oder die Schlüssel zum Erfolg?*

Margrith Göldi Hofbauer: Die Verankerung der GB-MandatsträgerInnen in Basisorganisationen war ein grosser Gewinn für beide Seiten: Die Basisorganisationen erhielten dadurch die Möglichkeit, direkt an Informationen zu gelangen und konnten Anliegen in die jeweiligen Parlamente einbringen. Gleichzeitig wurde auch sichergestellt, dass die GB-ParlamentarierInnen den Kontakt zur

«In der Stadt Bern hat das GB einen klugen Vordenker, eine kompetente Gemeinderätin und engagierte MitdenkerInnen und MacherInnen. Es ist im politischen Leben präsent und aktiv. Es ist spontan, selbstsicher und gelegentlich selbstverherrlichend. Es bewirkt und bewegt etwas. Das gefällt mir und erinnert mich manchmal an das Junge Bern in seinen Anfängen.»
Joy Matter, alt Gemeinderätin, Wabern

«Die etablierte Politik würde ohne Parteien wie das Grüne Bündnis noch etablierter. Auch die SP-Suppe wäre ohne Salz und Pfeffer aus der links-grünen Küche bald einmal ungeniessbar. Also: weiter so, auch wenn's manchmal unbequem ist.»

Michael Kaufmann, Redaktor «Berner Tagwacht»,
Grossrat SP, Bern

Basis nicht verloren. So wie ich es erfahren habe, wurde beim Grünen Bündnis immer möglichst basisnah politisiert, unabhängig davon, ob man mit den einzelnen Vorstössen nun – öffentlich wahrnehmbaren – Erfolg hatte oder nicht.

Peter Sigerist: Zentral war die vorhin erwähnte parteipolitische Öffnung, welche zu synergetischen Zusammenschlüssen verschiedener Generationen führte, jedoch auch zu verschiedensten Aktivitäten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Weil der parlamentarische Erfolg relativ rasch einsetzte, stürzte das Projekt GB nicht in eine Krise wie das anderen Projekten widerfuhr. Stattdessen gelang es, ein überzeugendes Engagement zu entwickeln und dem neuen Gefäss genügend parteimässige Identität zu verleihen. Zudem war man sich beim Grünen Bündnis von Anfang an über die wichtige Rolle der Öffentlichkeitsarbeit im klaren. Und last, but not least, ist das GB trotz seiner Offenheit nie theoriefeindlich geworden, wie das vielen Gruppierungen – aufgrund ihrer früheren Überproduktion an Theorie – ergangen ist. Beim GB gab es immer eine Kombination zwischen Theoriediskussion und Pragmatik.

Natalie Imboden: Die Verbindung von grün-rot-feministisch und die Möglichkeit, innerhalb dieser Themenkomplexe individuelle Prioritäten zu setzen, war aus meiner Sicht einer der zentralen Aspekte des GB-Erfolges. Obwohl die GB-AktivistInnen an jenen Themen arbeiteten, die sie am meisten interessierten, fand ein reger Austausch statt: In diesem Sinn gab es zwar eine themenspezifische Spezialisierung, jedoch niemals Abgehoben-

heit. Dadurch wurde sichergestellt, dass trotz der Interessenvielfalt in einem Gefäss gearbeitet werden konnte, und Abspaltungen konnten vermieden werden.

Hans Niklaus: Für mich ist eine Änderung der politischen Kultur zentral, damit der GB-Erfolg eintreten konnte. Das frühere, hierarchisch-klassische Parteienkonzept wurde zugunsten einer Forumskultur verabschiedet. Parteimitglieder definierten sich nicht mehr als Avantgarde mit Wissensvorsprung und Interessenvertretungsanspruch für andere. Gemeinsame politische Inhalte vorausgesetzt, wurde nicht mehr nach der Herkunft der MitaktivistInnen und dem politischen Leistungsausweis gefragt. Stattdessen wurde versucht, gemeinsam Mittel und Wege zu finden und dabei möglichst viele (auch neue) Leute miteinzubeziehen. Diese Stärke zeichnet das Grüne Bündnis heute noch aus.

■ Welche internen und inhaltlichen Herausforderungen seht Ihr in der nächsten Zeit auf das GB zukommen?

Hans Niklaus: In nächster Zeit wird es darum gehen, den schon betagten grünen Grundsatz «Global denken, lokal handeln» umzukehren, um auf neue globalisierungsbedingte Fragen Antworten finden zu können. Lokales Handeln wird nicht mehr genügen. Stattdessen wird die (Zusammen-)Arbeit in einem weltwirtschaftlichen Rahmen an Bedeutung gewinnen. Wir werden überlegen müssen, wo ökologische und emanzipatorische Richtlinien einer liberalisierten Weltwirtschaft entgegengesetzt werden können.

Peter Sigerist: Dies möchte ich präzisieren: Die Globali-

«...für den unwahrscheinlichen Versuch, rote und lila Ziele auf grünem Wege zu erreichen. Aber das Vernünftige ist halt gelegentlich unwahrscheinlich.»
Judith Jánoska, emeritierte
Professorin für Soziologie,
Bern



■ Hans Niklaus

sierung ist sicher eine der spürbarsten Grundtendenzen der letzten Jahre. Dazu gab es aber eine Gegentendenz, eine Kommunalisierung oder gar «Quartierisierung». Weil es sich viele Menschen nicht mehr zutrauen, den globalen Wirtschaftsprojekten etwas entgegenzusetzen, kompensieren immer mehr Leute ihr Engagement in ihrem unmittelbaren Einflussbereich. Deshalb wird die Arbeit auf lokaler Ebene in Zukunft zumindest nicht an Bedeutung verlieren. Und auf lokaler Ebene orte ich auch die gewichtigste potentielle Herausforderung: Wenn es nicht mehr gelingen sollte, dass das GB Bern weiterhin aktiver Teil eines Mehrheitsbündnisses einschliesslich Regierungsbeteiligung ist, dann bräuchte es wohl erneut einen Projektwechsel. Doch auch davor würde ich mich nicht fürchten, ist das GB doch von einer oppositionellen Kultur geprägt. Die Erfahrung sowohl im Bereich der effektiven Oppositionspolitik als auch der verantwortungsvollen Mehrheitspolitik sollte es uns erlauben, selbst im «worst-case» des Wegfalls von RGM, nicht auf die Nase zu fallen.

Natalie Imboden: Aufgrund der fehlenden Vernetzung auf nationaler Ebene würden jedoch gerade in diesem Fall gewaltige Herausforderungen an uns treten, und es käme dann sehr darauf an, wie das Projekt neu definiert würde. Es scheint mir ziemlich absehbar, dass dabei enorme Spannungsfelder entsehn würden. Deshalb scheint es mir sinnvoll, sich bereits heute zu überlegen, welche Konstellationen und Möglichkeiten im Hinblick auf die nationale Perspektive bestehen. Das ist auch heute kein Zuckerschlecken, aber noch immer einfacher als in einer Krise.

Margrith Göldi Hofbauer: Im Gegensatz zu Peter sehe ich die Frage der Globalisierung schon etwas getrübt. Schon heute spüren wir, wie es – vor allem auch auf parlamentarischer Ebene – immer schwieriger wird, gewisse Prozesse und Entwicklungen in einigermassen vernünftige Bahnen lenken zu können. Die «Quartierisierung», die Peter als Chance betrachtet, sehe ich vor allem als Resultat der Tatsache, dass ein grosser Teil der Bevölkerung offensichtlich je länger je weniger gewillt ist, auf höherer Ebene Einfluss zu nehmen. Ich sehe die Quartierisierung in engem Zusammenhang mit der immer offensichtlicher werdenden Individualisierung, die gerade im Umweltbereich negative Folgen hat: Hier einen Gegenakzent zu setzen und die Solidarität wiederum vermehrt ins Zentrum zu rücken, könnte sich deshalb zu einer immer wichtigeren Aufgabe des Grünen Bündnis entwickeln.

■ Es fällt auf, dass Ihr jetzt mit Ausnahme von Natalie nur inhaltliche Herausforderungen ins Zentrum gerückt habt. Wie sieht es denn GB-intern aus?

Peter Sigerist: Da wir alle älter werden, ist es natürlich notwendig, dass immer wieder junge Leute nachstossen. Und zwar sowohl solidarische Mitglieder als auch Leute, die «den Laden im Sekretariat zusammenhalten». Aber soweit ich es einschätzen kann, ist es dem GB immer gelungen, eine Verknüpfung über Generationen zu schaffen. Dies wird, glaube ich, auch weiterhin der Fall sein.

Margrith Göldi Hofbauer: Mit der zunehmenden Tendenz

«Am links-grünen Flügel der SP macht das Grüne Bündnis heute seriöse politische Arbeit – eingebunden, aber nicht korrumpiert. Was heute fehlt: eine linke Opposition.»

Fredi Lerch, WoZ-Redaktor, Bern

in Richtung Individualisierung ist auch ein Engagement einzelner Personen gefährdet. Ich denke, dass es für uns in Zukunft nicht einfacher werden wird, aus dem Pool von jungen, aktiven Leuten zu schöpfen.

Natalie Imboden: Für die weitere Existenz des GB wird es elementar sein, neue Leute allgemein zu politisieren. Dabei habe ich den Eindruck, dass dies am ehesten über lokale und nicht über internationale Bezüge zu schaffen ist. Und wir müssen die Leute unbedingt davon überzeugen können, dass neben dem Engagement in Bewegungen (welches ich in keiner Art und Weise in Frage stelle) auch parteipolitische Arbeit von grosser Wichtigkeit ist.

Hans Niklaus: Sowenig die Existenz des GB in den vergangenen zehn Jahren selbstverständlich war, sowenig wird sie es in den nächsten Jahren sein. Nur wenn das GB seine Nützlichkeit auch weiterhin sowohl auf exekutiver, parlamentarischer und auf ausserparlamentarischer Ebene unter Beweis stellen kann, wird es möglich sein, neue Leute anzuziehen und damit zu überleben.

■ Wie wird das GB im Jahre 2007 – in einem Satz formuliert – seinen 20. Geburtstag feiern?

Hans Niklaus: Ich wünsche mir, dass ich das 20jährige Jubiläum sehr zwiespältig feiern kann, da mich eine Gruppe von neuen, jungen Leuten als Veteran stark in Fragen stellen wird.

Natalie Imboden: Das GB wird auch in zehn Jahren widerständig, manchmal bissig und manchmal kompromissbereit sein, kurz: Mindestens so facettenreich wie heute.

Margrith Göldi Hofbauer: Am grossen GB-Jubiläumsfest im Jahre 2007 werden mindestens doppelt so viele AktivistInnen wie heute und Verbündete aus der ganzen Schweiz teilnehmen.

Peter Sigerist: Das GB wird auch während den nächsten zehn Jahren einen wirksamen Beitrag an eine RGM-Mehrheit in der Stadt Bern leisten.

Gesprächsleitung: Blaise Kropf

«Ob es wohl machmal ein Problem zwischen Theorie und Praxis gibt? Herzliche Glückwünsche zum runden Geburtstag.»

Klaus Baumgartner, Stadtpräsident, Bern



StadträtInnen Bern

- 1985 – 1989 Susanna Bürki (zuerst SAP)
- 1989 – 1990 Barbara Gurtner (1981 – 1983 POCH)
- 1989 – 1990 Franziska Teuscher
- 1989 – 1993 André Seydoux
- 1989 – Ursula Hirt
- 1990 – 1994 Heidi Schmocker
- 1990 – Regula Keller
- 1993 – 1993 Dora Bieri
- 1993 – Peter Sigerist
- 1993 – 1995 Margrith Göldi Hofbauer
- 1993 – Eva von Ballmoos-Keller
- 1994 – Michael Jordi
- 1995 – 1996 Marc Hofer
- 1996 – Maria Regli Schmucki
- 1997 – Annemarie Sancar-Flückiger

Gemeinderätin Stadt Bern

- 1992 – Therese Frösch

GrossrätInnen

- 1990 – 1995 Franziska Teuscher
- 1990 – Barbara Gurtner
- 1990 – Roland Sidler, GB Biel
- 1994 – Franziska Widmer
- 1994 – Regula Rytz
- 1995 – Margrith Göldi Hofbauer

NationalrätInnen

- 1983 – 1987 Barbara Gurtner (POCH)
- 1995 – Franziska Teuscher

1987

Parteien und Bewegungen schliessen sich zusammen

Seit Anfang Jahr informelle Kontakte zwischen SAP und POCH. POCH-Grüne schlagen für die Nationalratswahlen überparteiliche «Grüne Liste» vor. Die SAP beschliesst am 7. Kongress die Lancierung eines neuen grün-alternativen, pluralistischen Projekts.

03.06. Erste Vollversammlung der Grünen Liste/Grünes Bündnis im Restaurant «Innere Enge» mit über 100 Personen aus POCH, SAP, PdA, DA und diversen Bewegungen.

24.06. Zweite Vollversammlung: Plattformdiskussion und Namensgebung.

18.10. Teilnahme an Nationalratswahlen. Verlust des Mandats.

09.12. Vollversammlung beschliesst: Es können nur noch Personen Mitglied sein, die keiner anderen Partei angehören. PSA und PdA verlassen das GB.

19.12. Platzkundgebung «Solidarität mit PalästinaerInnen» von GB und Soli-

komitees.

1988 Das Grüne Bündnis steht auf eigenen Beinen

38

Januar Erstes GB-Info erscheint; Kontaktadresse an der Herrengasse; politisch-organisatorische Arbeit an der Neubrückstrasse 17.

POCH als Partei beschliesst, sich nicht aufzulösen.

Februar GB unterstützt für die Berner Gemeindewahlen 1988 (gemeinsam mit SP, FL, JB, POCH, DA) eine Liste für eine RotGrünAlternative Mehrheit. Projekt scheitert.

Gründung GB Biel in Vorbereitung.

25.02. Veranstaltung «DDR-Betonköpfe gegen Glasnost» mit Vera Wollenberger (Bürgerrechtlerin aus der DDR).

10.03. Stadtrat nimmt Motion von Susanna Bürki, Stadträtin SAP/GB an, zur Schaffung eines Büros zur Wahrung der Frauenrechte.

31.03. GB lanciert Petition «Generell Tempo 30 ermöglichen».

Mai Veranstaltung «Kultur und Widerstand» organisiert von GB und AG Kino Reitschule.

12.06. Die schweizerische Volksinitiative (von POCH, SAP, PdA und PSA) zum Ren-

tenalter 62/60 wird abgelehnt.

Juli GB lanciert Referendum gegen Zivilschutzbunker in der Stadt Bern.

August GB sammelt Unterschriften für kantonales «Referendum gegen die Wirtschaftsförderung».

September Unterschriftensammlung für die Doppelinitiative «Tempo 30» und «Verkehrspolitik vors Volk».

Herbst

Gemeindewahlen in Bern mit gemeinsamer Gemeinderatsliste mit Barbara Gurtner (GB), Luzius Theiler (DA) und Beat Schneider (POCH).

November

GB organisiert zusammen mit der AG Kino Reitschule einen Veranstaltungs-

zyklus zu Erich Fried.

Das neugegründete GB Biel nimmt an den Bieler Gemeindewahlen teil und

erringt vier Parlamentsmandate.

Die vom GB Bern mitgetragene Petition «Recht auf Wohnraum» wird mit 3000

Unterschriften eingereicht.

Gründungsversammlung des Grünen Bündnis Schweiz.

04.12. Gemeindewahlen Bern: Das GB erreicht 4 Sitze im Stadtrat (plus 3); Grüne

Fraktion mit GB, POCH und DA.

1989

Die Mauer fällt – die Armee zittert

Januar

GB engagiert sich für die GSoA-Armeeausschaffungsinitiative.

April Der Widerstand gegen ein Schweizerisches Armeemuseum im Nordquartier wird vom GB unterstützt.

Veranstaltung mit Winfried Wolf zu «Verkehrssalat und Autogesellschaft».

August Vollversammlung zur Situation in China nach Tiananmen-Massaker.

September GB-Nein-Parole zur NEAT-Abstimmung.

21.10. Sekretariatsgemeinschaft GB/GSoA organisiert erstes Politifestival «Stop the Army» auf dem Bundesplatz.

26.11. Abstimmung in der Stadt Bern: «Verkehrspolitik vors Volk» wird knapp abge-

lehnt (578 Stimmen fehlten), «Tempo 30» befürwortet 4 von 10.

35,6% JA zur Abschaffung der Armee.

Herbst GB ergreift zusammen mit der Grünen Fraktion im Grossrat das Referendum gegen die Jubiläumsfeier «Bern 800».

Dezember GB ruft für die Grossratswahlen 90 zu «Einer offenen Liste für das andere Bern» auf.

39

1990 Gegen den Schnüffelstaat und für Krippenplätze

03.03. Sekretariatsgemeinschaft Neubrückstrasse organisiert Demonstration

«Schluss mit dem Schnüffelstaat».

April Der Kredit für «Bern 800» wird mit einer Mehrheit von 390 Stimmen knapp angenommen.

GB lanciert «Krippeninitiative», für genügend Krippenplätze in der Stadt Bern.

Grossratswahlen in Bern: Das GB erringt drei Mandate.

29.04. National: JA zum Atom-Moratorium, NEIN zum Atom-Ausstieg.

23.09. GP/DA und restliche POCH fusionieren zur Grünen Partei Bern (GPB).

September GB bereitet mit anderen Organisationen eine Initiative zum AusländerInnen-

stimmrecht vor.

Oktober GB-Veranstaltung mit Eduardo Galeano (Autor aus Uruguay) mit 400 Personen.

November GB setzt sich für Erhalt der Reitschule und gegen SD-Abbruch-Initiative ein.

GB-Schwesterpartei SGA (Sozialistisch-Grüne Alternative) gewinnt im Kanton

Zug mit Hanspeter Uster einen Sitz in der Exekutive.

Dezember GB-Wahlaufruf zu Nationalratswahlen 1991: «Für eine andere Schweiz».

März	Das vom GB initiierte Referendum gegen den städtischen Atomkraftbunker kommt zustande.
14.06.	Erster nationaler Frauenstreik; GB und Therese Frösch, damals VPOD-Sekretärin, gehören zu den engagierten Berner Organisatorinnen.
Juni	GB unterstützt das IWF-Referendum.
Juli	GB diskutiert kontroverse Positionen zu EWR/Europa.
22.08.	Zusammen mit GSoA, SCI, cfd ruft das GB anlässlich des Einmarschs der Sowjetunion im Baltikum zur Defilee-Blockade auf.
03.10.	Auf Einladung der AG Internationales des GB und des cfd spricht Chalida Messoudi über «Das Algerien der Frauen».
Oktober	GB beteiligt sich am Protest gegen kantonale Finanzpolitik und fordert Teuerungsausgleich.
10.10.	Nationalratswahlen: Das GB verpasst knapp einen Nationalratsitz.
27.11.	Veranstaltung gegen Fremdenfeindlichkeit mit Jürg Frischknecht.
Dezember	GB trägt Antikriegskampagne der GSoA zu Ex-Jugoslawien mit.

1992 Mit RotGrünMitte zu neuen Perspektiven

Februar	GB-VV beschliesst Teilnahme an Gemeinderatswahlen mit Therese Frösch auf der RGM-Liste.
15.05.	GB sagt Nein zum IWF-Beitritt der Schweiz.
Sommer	Gründung der Jungen Alternative JAI (Bürogemeinschaft mit GB und GSoA).
27.08.	GB-Veranstaltung mit dem Polit-Liedermacher Wolf Biermann.
August	GB organisiert mit JAI und GSoA Aktion «Kaserne umnutzen statt Gewehre putzen» zur zivilen Umnutzung des Kasernenareals in der Stadt Bern.
04.10.	Ablehnung der Initiative «Kinderkrippen statt Wartelisten» mit 45% JA-Stimmen.
Oktober	Frauenkomitee empfiehlt Wahl der Gemeinderatskandidatinnen Therese Frösch und Joy Matter.
	GB beschliesst nach kontroversen Diskussionen Stimmfreigabe zur EWR-Abstimmung.
17.11.	RotGrünMitte-Sparkarawane gegen städtische Sozialabbaupolitik.
06.12.	Gemeindewahlen Stadt Bern: Das RotGrünMitte-Bündnis gewinnt die Mehrheit; Therese Frösch wird Gemeinderätin und GB hat neu sechs StadträtInnen.
Dezember	Neue Stadtrats-Fraktion heisst «Grüne und Junge».
	Permanente Sekretariatsstelle: Wahl von Regula Rytz.

1993 Arbeitsloseninitiative «zäme schaffen»

15.05	GB aktiv bei Stop F/A-18-Initiativen. Die GB/GSoA-Sekretariatsgemeinschaft organisiert Stop F/A-18-Festival.
26.09	GB sagt Nein zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Oktober GB lanciert gemeinsam mit anderen Organisationen die kantonale Arbeitsloseninitiative «zäme schaffen».

28.11. GB sagt Nein zur Einführung der Mehrwertsteuer.

1994 Grundrechte verteidigen – Sozialabbau verhindern

März	GB-Veranstaltungszklus zu «Sicherheit durch Solidarität».
April	GB unterstützt das nationale Referendum gegen Zwangsmaßnahmen im AusländerInnenrecht.
17.04.	Grossratswahlen: Das GB erhöht Mandatszahl um 2 (neu 5 GR).
12.06.	GB sagt Ja zu den UNO-Blauhelmen.
04.12.	GB koordiniert Abstimmungskampagne zur Einführung des AusländerInnenstimmrechts im Kanton Bern. Ablehnung.

1995 Proteste gegen Sozialabbau beim Rentenalter für Frauen

Frühjahr	GB sammelt Unterschriften für «Initiative für eine Zwischennutzung von leerstehendem Wohnraum» der Jungen Alternative JAI.
25.06	GB unterstützt vehement das gewerkschaftliche NEIN gegen die Erhöhung des AHV-Rentenalters für Frauen.
09.09./07.10.	GB ist an Organisation von zwei Demos gegen Atomtests beteiligt.
Oktober	Nationalratswahlen: Franziska Teuscher wird auf der Liste «Grünes Bündnis und GewerkschafterInnen» in den Nationalrat gewählt.

1996 Soziale Finanzpolitik zahlt sich aus

Februar	GB-Info erscheint mit einer eigenen Bieler Seite.
10.03.	Die kantonale Arbeitsloseninitiative «zäme schaffen» wird abgelehnt. Die GB-Arbeitsgruppe Bildungspolitik engagiert sich gegen «Numerus clausus».
Mai	GB lanciert in der Stadt Bern mit der IG Velo und dem VCS Bern eine Initiative zur Förderung des Fuss- und Velo-Verkehrs.
Dezember	Gemeindewahlen in Bern: Therese Frösch mit bestem Resultat als Gemeinderätin wiedergewählt. Das GB hat neu 7 StadträtInnen.

1997 10 Jahre Grünes Bündnis: Wir schauen in die Zukunft

19.02.	GB-Veranstaltung zum Antisemitismus mit Daniel Ganzfried.
Frühjahr	GB engagiert sich im Komitee «Demokratie muss sein – Polizeigesetz Nein» gegen das kantonale Polizeigesetz.
Juni	Gründung des Grünen Bündnis König;
Sommer	GB engagiert sich im Komitee «Schanzentunnel Nein – Bern ohne Stadtautobahn».
August	GB nominiert Regula Rytz für die Regierungratswahlen 1998.
Oktober	GB feiert seinen zehnten Geburtstag.

Stärke der RGM-Parteien in der Stadt Bern bei den Stadtrats-, Grossrats- und Nationalratswahlen 1971-1996

Partei	StRW 1971	StRW 1976	StRW 1980	GRW 1982	NRW 1983	StRW 1984	GRW 1986	NRW 1987	StRW 1988	GRW 1990	NRW 1991	StRW 1992	GRW 1994	NRW 1995	StRW 1996
POCH		2,6	3,6	3,8	3,7	4,8	3,3	GB	2,7	GB,GP	GB,GP	GB,GP	GB,GP	GB,GP	GB,GP
SAP			0,3	0,7	0,6	1,3	0,8	GB	GB	GB	GB	GB	GB	GB	GB
DA		1,7	3,0	4,8	2,5	3,3	4,4	3,4	2,9	GP	GP	GP	GP	GP	GP
Grüne Liste					0,7										
GP										4,0	3,1	3,2	2,3	1,6	1,3
GB								5,3	4,6	6,5	4,2	6,6	8,3	5,7	8,1
JA!												1,3			2,4
PdA		0,6	0,6			vgl. SAP	0,4		0,7			0,6			
kleine rot-grüne Parteien		4,9	7,5	9,3	7,5	9,3	8,9	8,7	11,0	10,5	7,3	11,7	10,6	7,3	11,8
SP/(JUSO)	40,9	33,4	32,1	27,2	31,9	27,1	22,1	26,1	23,5	27,0	26,2	27,4	26,8	33,7	32,8
JB	6,6	8,6	7,5	4,7	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL	JB/FL
JB/FL					8,4	7,9	18,5	10,6	8,2	10,0	10,8	6,2	7,0	6,7	5,2
liberale Grüne	6,6	8,6	7,5	4,7	8,4	7,9	18,5	10,6	8,2	10,0	10,8	6,2	7,0	6,7	5,2
LdU	8,9	6,1	3,7	3,5	4,1	3,8	3,9	4,3	2,7	2,9	3,7	2,5	3,0	2,7	2,5
EVP	4,6	4,4	4,7	5,1	3,3	4,5	4,8	3,2	3,3	3,4	3,1	3,5	3,5	3,3	3,3
Mitte	13,5	10,5	8,3	8,6	7,4	8,3	8,7	7,5	6,1	6,3	6,8	6,0	6,5	6,0	5,8
RGM												51,4	50,9	53,7	55,6

Schon bei den Nationalratswahlen 1987 gelang es dem GB, das Lager der kleinen rot-grünen Parteien mehrheitlich zu besetzen, die Hegemonie einzunehmen und auszubauen. Bei den jüngsten Wahlen von 1996 hat das GB nun auch JB/FL hinter sich gelassen. Mit dem GB wuchs auch das rot-grüne Lager noch etwas von 11% (1988) auf 12% (1996); das GB steigerte sich von rund 5% auf 8%. (Tabelle: W. Seitz)

Serviceteil

Wie sich das Grüne Bündnis Bern organisiert

Vollversammlung: Die Vollversammlung ist das oberste Organ des Grünen Bündnis. Sie ist in der Regel öffentlich und findet monatlich statt.

Koordinationsausschuss: Der Koordinationsausschuss des GB tagt zweimal monatlich und steht grundsätzlich allen GB-Mitgliedern offen. Hier werden Vorbereitungs- und administrative Arbeiten erledigt.

Sekretariat: Das Sekretariat des Grünen Bündnis befindet sich an der Neubrücke 17. Einen grossen Teil der politischen und administrativen Arbeit erledigen dort Regula Rytz und Natalie Imboden. Je nach Projekt arbeiten im Sekretariat noch weitere Leute mit.

Arbeitsgruppen: Im Grünen Bündnis bestehen vier regelmässige Arbeitsgruppen und phasenweise Ad-hoc-Arbeitsgruppen, welche einen grossen Teil der inhaltlichen Arbeit leisten.

Die regelmässig tagenden Arbeitsgruppen sind folgende:

■ **Frauenpolitik:** In der Regel trifft sich die Arbeitsgruppe Frauenpolitik einmal im Monat im GB-Sekretariat. Ansprechpartnerin ist Regula Rytz, Tel.: 031 301 82 09.

■ **Bildungspolitik:** Die Sitzungen der AG Bildungspolitik finden im Sekretariat an der Neubrücke statt. Die Sitzungsdaten sind auf dem Sekretariat bei Regula Rytz, Tel.: 301 82 09, in Erfahrung zu bringen.

■ **Internationales und Migration:** Weitere Informationen und die jeweiligen Sitzungsdaten gibt es bei Michael Jordi, Tel.: 333 23 42.

■ **Ökologie:** Die Arbeitsgruppe Ökologie trifft sich immer am ersten Montag des Monats abends im Sekretariat an der Neubrücke. Weitere Informationen gibt es bei Franziska Teuscher und Reto Murali, Tel.: 301 18 60.

Mitgliedschaft beim GB Bern: Das GB Bern hat momentan rund 150 Mitglieder. Regelmässig finden Neumitglieder- und Interessiertentreffen statt. Wer sich beim Grünen Bündnis engagieren und Mitglied werden will, meldet sich beim Sekretariat.

Die Publikationen des Grünen Bündnis

Um seine Mitglieder und SympathisantInnen auf dem laufenden zu halten, verschickt das Grüne Bündnis regelmässig Publikationen. Monatlich erscheint das GB-Info: Dieses Infoblatt geht an über dreitausend Mitglieder, SympathisantInnen und sonstige Interessierte. In der Regel ebenfalls monatlich erscheint das GB-Mitglieder-Info, welches die GB-Mitglieder mit aktuellen Informationen, Vorschlägen und Diskussionsbeiträgen versorgt. In unregelmässigen Abständen produziert das Grüne Bündnis Zeitungen, welche jeweils an möglichst viele Leute verteilt werden.

Adressen

■ Grünes Bündnis Bern

Sekretariat: Forum Politik und Aktion
Neubrückestrasse 17
3012 Bern
Tel.: 031 301 82 09
Fax: 031 302 88 78

E-Mail: gb@be-gsoa.links.ch

Postadresse: Grünes Bündnis
Postfach 6411
3001 Bern

Spendenkonto: PC 30-37923-6

■ Grünes Bündnis Biel / Alliance Verte et Sociale Bienne

Postadresse: Grünes Bündnis Biel
Postfach 389
2500 Biel 1

Spendenkonto: PC 25-7401-7

■ Grünes Bündnis Köniz

Postadresse: Grünes Bündnis Köniz
Postfach 749
3098 Köniz

Spendenkonto: PC 12-613628-9

Bewegt

euch an die Urnen

denkt quer

handelt solidarisch

wählt Frauen

Frauen

zuerst!

Oekologie

konkret!

Solidarität

jetzt!